

Bildung im Spannungsfeld veränderter Rahmenbedingungen



Die Entwicklung des Bildungswesens ist in gesamtgesellschaftliche und ökonomische Prozesse eingebettet. So sind etwa Geburtenentwicklung und Wandlungsgeschehen entscheidende Einflussgrößen für die zukünftige Zahl an Bildungsteilnehmer:innen; wirtschaftliche Entwicklung und Erwerbstätigkeit sind relevant für die Ausstattung des Bildungssystems und der Familie mit (nicht nur) finanziellen Ressourcen; Aspekte wie die soziale Situation der Familie zeitigen Einfluss auf Bildungserfolge von Kindern und Jugendlichen. Derartige Rahmenbedingungen von Bildung werden in Kapitel A für die Bereiche Demografie, wirtschaftliche Entwicklung, Erwerbstätigkeit sowie Familien- und Lebensformen näher beleuchtet.

Im Bereich Demografie liegt der Fokus auf dem in den letzten Jahren sehr dynamischen Wanderungsgeschehen. Eine Analyse der amtlichen Statistik zur Außenwanderung soll aufzeigen, aus welchen Herkunftsländern die Zugewanderten vorrangig stammen. Bei der Binnenwanderung werden die großräumigen Haupttrends näher betrachtet sowie alters- und geschlechtsspezifische Unterschiede herausgestellt. In dem Zuge sind auch die ausgeprägte Mobilität der jüngeren Altersgruppen und sich daraus ergebende Folgen für die demografische Entwicklung und die Bildungslandschaft zu thematisieren.

Als weiterer wichtiger Einflussfaktor auf die Demografie wird die Geburtenentwicklung der letzten Jahre betrachtet und mit Fokus auf das Alter der Mütter näher beleuchtet. Aufbauend auf ersten Analysen aus dem Bildungsbericht 2020 soll das Geburtenverhalten nach Bildungsstand der Mütter vertieft berichtet werden. Der deutliche Trend zur späteren Familiengründung ab den 1990er-Jahren wird erstmals im Bildungsbericht beleuchtet: Er wirkt sich auf das Zusammenleben in den Familien aus und führt zu einer Verengung der Zeitspanne, in der Frauen weitere Kinder zur Welt bringen können (A1).

Die wirtschaftliche Entwicklung und finanzielle Situation der öffentlichen Haushalte bestimmen die Ausstattung des Bildungswesens mit Ressourcen. Bund, Länder und Kommunen stehen infolge der Corona-Pandemie vor enormen finanziellen Herausforderungen: Einerseits müssen sie vielerorts die Folgen der Verschuldung meistern; andererseits werden die Ausgaben im Sozial- und Bildungsbereich voraussichtlich weiter steigen. Anhand der Einnahmen-Ausgaben-Rechnung der öffentlichen Hand sowie des Bruttoinlandsprodukts wird ein Überblick über die wirtschaftliche Gesamtentwicklung gegeben (A2).

Der Umfang der Erwerbstätigkeit ist eng an die demografische und wirtschaftliche Entwicklung einer Region sowie an die individuelle Qualifikation und familiäre Situation der Menschen gekoppelt. Personen mit höheren Bildungsabschlüssen sind seltener von Erwerbslosigkeit betroffen und finden sich seltener in prekären Beschäftigungsverhältnissen wieder. Um die Folgen der Corona-Pandemie für besonders stark betroffene Wirtschaftsbereiche abzuschwächen, wurde die Kurzarbeit in nie da gewesenem Umfang genutzt. Eine weitere Maßnahme, mit den pandemiebedingten Herausforderungen im Erwerbsleben umzugehen, ist die zunehmende Nutzung von Homeoffice durch unterschiedliche Erwerbstätigengruppen (A3).

Die soziale Situation der Familie hat einen Einfluss auf die Bildungserfolge der Kinder und wird im Abschnitt zu Familien- und Lebensformen näher beleuchtet. Neben einer Betrachtung der Familienformen gilt es, die sich aus dem direkten familialen Umfeld ergebenden Risikolagen für die Kinder – das soziale Risiko, das finanzielle Risiko sowie das Risiko formal gering qualifizierter Eltern – differenziert nach Familienstand, Zuwanderungserfahrung und Anzahl der Kinder im Haushalt zu analysieren. Erstmals wird auch die Verweildauer von Kindern in Risikolagen auf Grundlage eines Panels mit Daten des Mikrozensus in den Blick genommen (A4).



Demografische Entwicklung

Die Demografie nimmt im Bildungsbericht einen besonderen Stellenwert ein, da sie Aufschluss über die Entwicklung unterschiedlicher Alters- und Bevölkerungsgruppen gibt. Dies ermöglicht Rückschlüsse auf gegenwärtige und künftige Bedarfe an Bildungsangeboten. Eine Betrachtung der Außen- und Binnenmigration kann dabei Hinweise auf regional heterogene Entwicklungen von Umfang und – eingeschränkt – auch inhaltlichen Bedarfen an Bildungsangeboten liefern.

Bevölkerungsstruktur und -entwicklung

Die Bevölkerungsentwicklung wird grundsätzlich durch 3 Faktoren bestimmt: die Anzahl der Geburten, der Sterbefälle sowie die internationale Zu- und Abwanderung. Für Deutschland lässt sich die generelle Tendenz knapp zusammenfassen: Der natürliche Rückgang der Bevölkerungszahl aufgrund von weniger Geburten als Sterbefällen ließ sich seit 2011 durch einen positiven Wanderungssaldo aus dem Ausland, also mehr Zu- als Fortzüge, überkompensieren. Ohne diese Wanderungsgewinne würde die Bevölkerungszahl bereits seit 4 Jahrzehnten schrumpfen.

**2020 erstmals
seit 2011 kein
Bevölkerungs-
wachstum**

Von 2011 bis 2019 ist die Bevölkerungszahl praktisch ununterbrochen gewachsen (**Abb. A1-1**). Dieser Trend hat sich im Jahr 2020 nicht fortgesetzt: Ende 2020 lebten in Deutschland laut der Bevölkerungsstatistik 83.155.031 Menschen – 2019 waren es mit 83.166.711 geringfügig mehr. Zurückzuführen ist dieser leichte Rückgang auf eine gestiegene Zahl an (auch mit der Corona-Pandemie in Zusammenhang stehenden) Sterbefällen bei etwas weniger Geburten als im Vorjahr, vor allem jedoch auf geringere Wanderungsgewinne aus dem Ausland, die um ein Drittel niedriger ausfielen als im Vorjahr. Wichtige Faktoren dafür dürften die mit der Corona-Pandemie einhergehenden weltweiten Reisebeschränkungen und der ebenfalls mit der Pandemie einhergehende geringere Bedarf an ausländischen Arbeitskräften in einzelnen Branchen gewesen sein. Ob das Jahr 2020 eine Trendwende markiert, muss sich somit erst noch zeigen.

**Unterschiedliche
Bevölkerungs-
entwicklung in den
Bundesländern**

Die Bevölkerungsentwicklung verläuft regional sehr unterschiedlich: In den letzten 10 Jahren verzeichneten vor allem die Stadtstaaten und die westlichen Flächenländer einen Bevölkerungszuwachs, der zwischen 1 und 6 % betrug; andere Bundesländer wie Sachsen-Anhalt und Thüringen verloren dagegen bis zu 7 % ihrer Bevölkerung. Während sich die Zahl der unter 6-Jährigen zwischen 2010 und 2020 für das gesamte Bundesgebiet deutlich um 16 % erhöht hat, stieg sie in Berlin, Hamburg und Bremen um mehr als ein Viertel an. Zu den Bundesländern mit vergleichsweise geringem Zuwachs an Kindern dieser Altersgruppe zählen Thüringen, Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern: Innerhalb von 10 Jahren ist deren Zahl dort nur um 5 % gestiegen (vgl. **B4, Tab. A1-5web**). Insbesondere bei der jüngeren Bevölkerung stehen die Bundesländer damit vor ganz unterschiedlichen Herausforderungen, was das Bildungs- und Betreuungsangebot betrifft (vgl. **C3**).

Bevölkerung mit Migrationshintergrund

In Deutschland lebten laut dem Mikrozensus im Jahr 2020 rund 21,9 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund ^G – das entspricht mit einem Anteil von 27 % jeder 4. Person der Gesamtbevölkerung (Abb. A1-2, Tab. A1-1web). Ein zunehmend größer werdender Anteil von ihnen (2020: 38 % gegenüber 2010: 33 %) ist in Deutschland geboren und hat mehrheitlich eine deutsche Staatsbürgerschaft.

Der Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund an der Gesamtbevölkerung wird kontinuierlich größer – in den letzten 10 Jahren stieg er von 20 auf 27 %. Das Medianalter dieser Bevölkerungsgruppe lag 2020 bei 34 Jahren und damit 15 Jahre unter dem der Menschen ohne Migrationshintergrund (49 Jahre). Dieses niedrigere Medianalter sowie anteilig mehr ledige Personen, mehr Menschen in schulischer oder beruflicher Ausbildung und weniger im Rentenalter verdeutlichen die soziodemografischen Eigenschaften dieser Bevölkerungsgruppe.

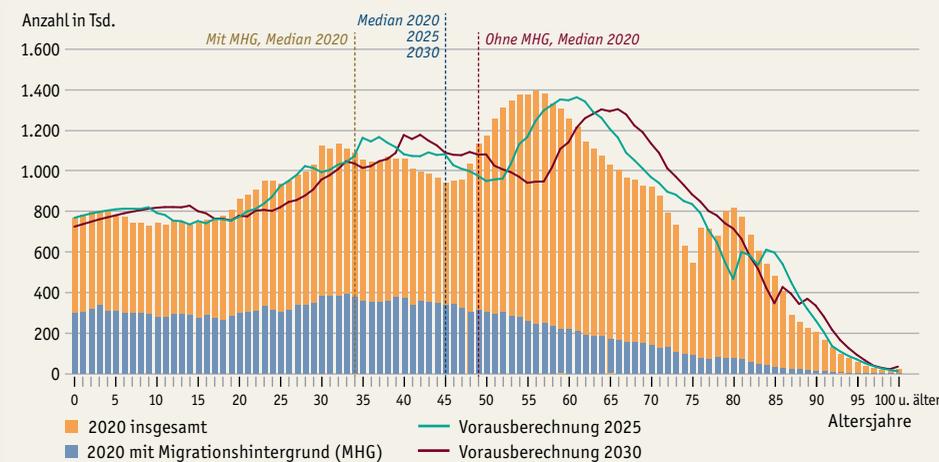
Von den 24,5 Millionen unter 30-Jährigen in Deutschland haben laut Mikrozensus 2020 rund 9 Millionen (37 %) einen Migrationshintergrund (Tab. A1-1web). Nur gut ein Drittel (35 %) von ihnen verfügt über eigene Migrationserfahrung, ist also im Ausland geboren. In den jüngeren Altersgruppen ist der Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund deutlich höher: Unter 6-Jährige etwa haben zu 40 % einen Migrationshintergrund, wobei 9 von 10 dieser Kinder in Deutschland geboren wurden.

Ein Viertel der Bevölkerung hat einen Migrationshintergrund ...

... mit deutlich höheren Anteilen in jüngeren Jahrgängen

40 % der unter 6-Jährigen mit Migrationshintergrund

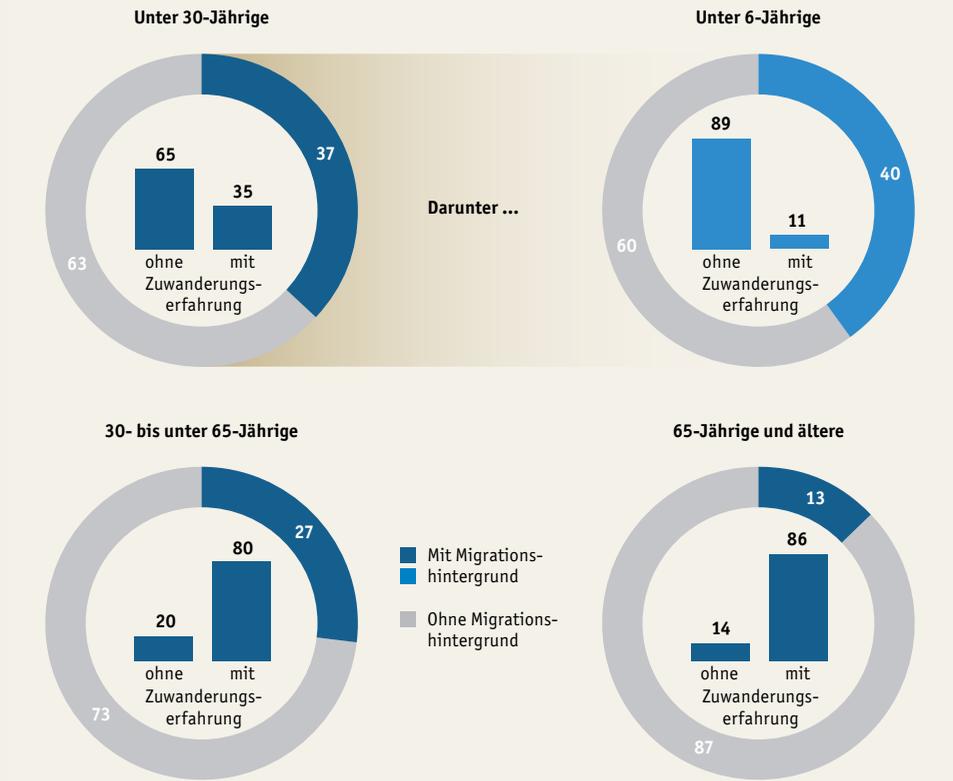
Abb. A1-1: Bevölkerungsstruktur Deutschlands 2020 sowie Ergebnisse der Vorausberechnung für 2025 und 2030 nach Altersjahren



Lesebeispiel: Im Jahr 2020 hatten von den 750.000 Personen im Alter von 10 Jahren rund 280.000 einen Migrationshintergrund. Diese 10-Jährigen werden im Jahr 2025 (grüne Linie) 15 Jahre alt sein und 5 Jahre später, im Jahr 2030 (rote Linie), das 20. Lebensjahr erreicht haben. Die geringe Sterblichkeit in dieser Zeitspanne und der angenommen positive Wanderungssaldo wird die Anzahl dieser Personengruppe auf knapp 780.000 ansteigen lassen. 2020 lag das Medianalter der Bevölkerung bei 45 Jahren; d. h., dass 50 % der Bevölkerung 45 Jahre und älter waren. Das Medianalter der Bevölkerung mit Migrationshintergrund liegt bei 34 Jahren.

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Bevölkerungsstatistik ^D, Mikrozensus ^D, 14. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung ^U, eigene Berechnungen → Tab. A1-1web

Abb. A1-2: Bevölkerung 2020 nach Migrationshintergrund und eigener Zuwanderungserfahrung (in %)



Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Mikrozensus

→ Tab. A1-1web

Geburtenentwicklung

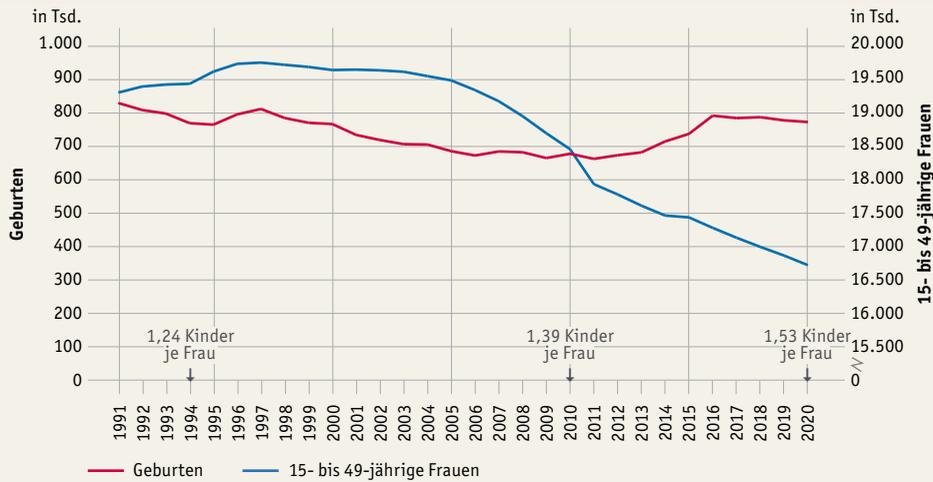
Seit 2016 Rückgang der Anzahl an Geburten und der Frauen im gebärfähigen Alter

Geburten sind ein grundlegender Bestandteil der demografischen Entwicklung. Deren Anzahl ist ein wichtiger Indikator, um die künftige Entwicklung der Bildungsteilnehmer:innen abzuschätzen. Aufgrund der Zuwanderung junger Frauen aus dem Ausland und der steigenden zusammengefassten Geburtenziffer^M war ab 2012 ein deutlicher Anstieg der Geburtenzahlen zu verzeichnen, der bis 2016 anhält; seither nehmen die Geburten zwar kontinuierlich leicht ab, liegen jedoch nach wie vor über dem Niveau von vor 10 Jahren. 2020 sind in Deutschland 773.144 Kinder zur Welt gekommen, rund 5.000 weniger als im Vorjahr. Zugleich verringerte sich auch die Zahl der potenziellen Mütter, also der Frauen im Alter von 15 bis 49 Jahren: Betrug deren Anzahl im Jahr 2000 rund 19,7 Millionen, sind es 2020 nur noch knapp 16,7 Millionen (**Abb. A1-3, Tab. A1-2web**). Dies führt in der Folge wieder zu weniger Geburten (Echoeffekt).

Anzahl der Geburten von Frauen abhängig vom Bildungsniveau

Die durchschnittliche Anzahl der Geburten pro Frau steht deutlich stärker mit deren Bildungsniveau als mit deren Geburtsland in Zusammenhang. Für eine freiwillige Zusatzbefragung des Mikrozensus 2018 wurden Frauen in Deutschland gebeten, Auskunft über die Anzahl der von ihnen lebend geborenen Kinder zu geben. Die Frauen der Jahrgänge 1964 bis 1973 haben durchschnittlich 1,6 Kinder (Kohorte 1954 bis 1963: 1,7) zur Welt gebracht; dabei hatten die in Deutschland geborenen Frauen mit 1,5 Kindern je Frau eine geringere durchschnittliche Kinderzahl als Zuwanderinnen (2,0 Kinder je Frau) dieser Kohorte (**Abb. A1-4, Tab. A1-3web**). Die Unterschiede in der Zahl der geborenen Kinder gehen dabei überwiegend auf Frauen

Abb. A1-3: Anzahl der Geburten und Frauen im Alter von 15 bis 49 Jahren in Deutschland 1991 bis 2020



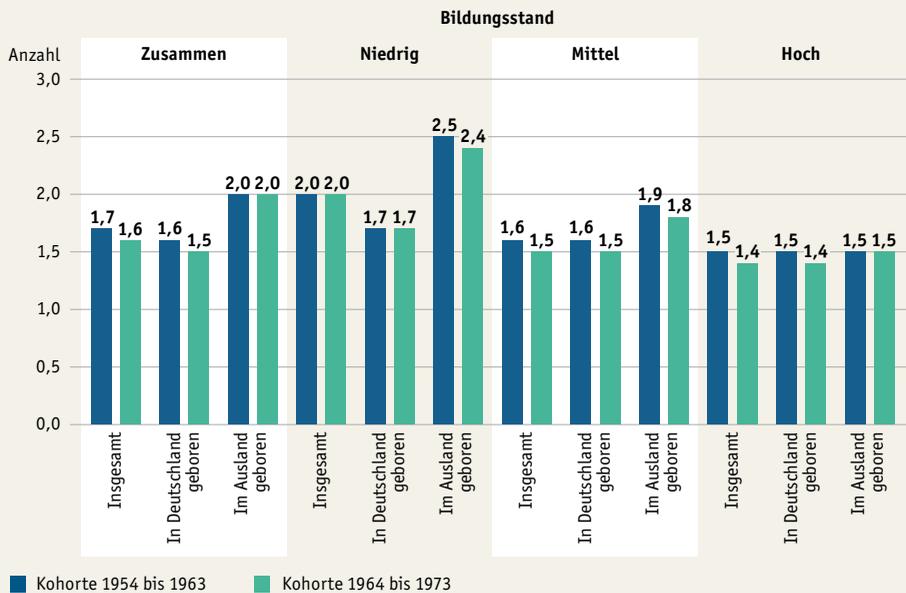
Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Bevölkerungsstatistik, Geburtenstatistik, eigene Berechnung

→ Tab. A1-2web

mit niedrigem Bildungsstand (weder Abitur noch abgeschlossene Berufsausbildung) zurück: So hatten Zuwanderinnen mit hohem Bildungsstand (Hochschulabschluss, Techniker- oder Meistersausbildung) durchschnittlich 1,5 Kinder und damit eine ähnliche durchschnittliche Kinderzahl wie in Deutschland geborene Frauen mit hohem Bildungsstand (1,4 Kinder je Frau). Bei Frauen mit niedrigem Bildungsstand waren diese Unterschiede dagegen mit 2,4 gegenüber 1,7 Kindern je Frau deutlich stärker ausgeprägt.

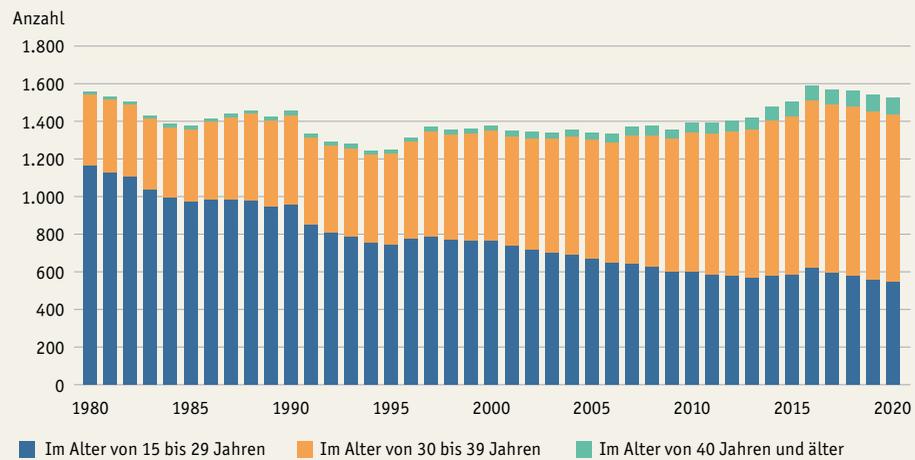
Zuwanderinnen sowie in Deutschland geborene Frauen mit hohem Bildungsstand ähnliche durchschnittliche Kinderzahl

Abb. A1-4: Durchschnittliche Kinderzahl je Frau 2018 nach Bildungsstand, Geburtsland und Geburtskohorte



Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Mikrozensus

→ Tab. A1-3web

Abb. A1-5: Lebendgeborene je 1.000 Frauen 1980 bis 2020 nach Altersgruppen

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Geburtenstatistik, eigene Berechnung

→ Tab. A1-4web

Spätere Familiengründung

Frauen zum Zeitpunkt der Familiengründung immer älter

Im Geburtenverhalten der letzten 4 Jahrzehnte zeigt sich deutlich ein Trend zur späteren Familiengründung, der neben Folgen für das Zusammenleben in den Familien (A4) auch eine Verkürzung der Zeitspanne, in der Frauen weitere Kinder zur Welt bringen können, nach sich zieht (vgl. auch C1). 1970 waren Frauen im früheren Bundesgebiet bei der ersten Geburt durchschnittlich 24 Jahre alt, in den ostdeutschen Flächenländern 22 Jahre. Nach der Vereinigung stieg das Alter bei der Familiengründung in den neuen Bundesländern sehr schnell auf das Niveau in den westdeutschen Bundesländern an. Im Jahr 2020 lag das durchschnittliche Alter einer Frau bei der Geburt des ersten Kindes in Deutschland insgesamt bei 30 Jahren, im Osten mit 29 Jahren nur noch leicht darunter. Eine der Ursachen dieser Entwicklung ist die Zunahme der Geburten bei Frauen im Alter ab 40 Jahren: Zwischen 2000 und 2020 stieg der Geburtenanteil bei Frauen in diesem Alter von 2,6 auf 5,9 % (Abb. A1-5, Tab. A1-4web). Gründe für eine späte Mutterschaft werden etwa in der zunehmenden Ausbildungsdauer und Erwerbsorientierung (im Westen) von Frauen gesehen, wodurch die Familiengründung in ein immer höheres Alter verschoben wird (Hochgürtel, 2017).

Geburtenanteil der über 40-jährigen Frauen hat sich in den letzten 20 Jahren verdoppelt

Wanderungen

Neben der natürlichen Bevölkerungsbewegung, also den Geburten und Sterbefällen, kommt bei der Betrachtung der demografischen Entwicklung Deutschlands den Wanderungen ^M eine zentrale Bedeutung zu. Dabei ist die Mobilität der Bevölkerung stark altersabhängig: Am höchsten ist die Mobilität bei jungen Erwachsenen, die etwa bedingt durch Faktoren wie Ausbildung, Studium, den Einstieg ins Berufsleben oder aufgrund einer Partnerschaft häufiger umziehen als ältere Erwachsene. Neben dem Einfluss auf die Gesamtgröße der Bevölkerung hat die Zuwanderung aus dem Ausland die jungen Jahrgänge gestärkt und damit zu einer Verjüngung der Bevölkerung beigetragen.

Außenwanderung

Seit der deutschen Vereinigung sind per saldo 8,7 Millionen Menschen nach Deutschland zugewandert. Davon hatten 0,9 Millionen Personen die deutsche und 7,8 Millionen eine ausländische Staatsangehörigkeit. Für die Zuwanderungen sind dabei



ganz unterschiedliche Motivlagen auszumachen: Krieg und Vertreibung spielten ebenso eine Rolle wie ökonomische Ursachen, die EU-Freizügigkeit oder Familiennachzüge.

In den 1990er-Jahren waren die Wanderungsbewegungen über die Außengrenzen Deutschlands vor allem durch (Spät-)Aussiedler:innen, Asylbewerber:innen sowie Geflüchtete geprägt. Nach der Jahrtausendwende und insbesondere seit 2011 stieg die Zuwanderung auch von gut qualifizierten Arbeitnehmer:innen sowie Selbstständigen deutlich, in erster Linie aus den Staaten der Europäischen Union (EU). Hinzu kamen seit 2014 die Schutzsuchenden aus von Krieg gezeichneten Ländern, vor allem aus Syrien, Afghanistan und dem Irak. Im Jahr 2015 wurde mit 2,1 Millionen Zuzügen der bisher höchste Stand erreicht. 2019 stammten rund 51 % der zugezogenen Personen (795.953) aus der EU, 15 % aus einem sonstigen europäischen Land (239.698 Personen) und 33 % (365.266 Personen) aus dem außereuropäischen Ausland bzw. ohne Angabe zu dem Herkunftsland (**Tab. A1-6web**).

Im Jahr 2020 fällt der Wanderungsüberschuss deutlich geringer aus: Rund 220.000 Personen wanderten im Saldo nach Deutschland zu – im Vorjahr lag der Saldo bei 327.000 Personen. Die Nettozuwanderung ging damit das 5. Jahr in Folge zurück. Dieser starke Rückgang fällt überwiegend in den Zeitraum von März bis Dezember 2020, in dem weltweit Reisebeschränkungen durch die Corona-Pandemie galten.

Ziele der Zuwandernden sind vor allem Großstädte. Die meisten ländlichen Kreise in den ostdeutschen Bundesländern sowie die ländlichen Kreise in Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen und im nördlichen Bayern weisen hingegen nur geringe Außenwanderungsgewinne beziehungsweise zum Teil sogar Außenwanderungsdefizite auf. Die räumliche Verteilung Neuzugewanderter kann auf verstärkte regionale Bedarfe etwa bei Angeboten zur Integration und Sprachkursen hinweisen.

Binnenwanderung

Jedes Jahr ziehen etwa 3,5 bis 4 Millionen Menschen innerhalb Deutschlands über Gemeindegrenzen hinweg um; die überwiegende Mehrheit verbleibt dabei jedoch in ihrem ursprünglichen Bundesland. So wurden 2020 rund 3,8 Millionen gemeindeüberschreitende Wanderungen registriert, wovon drei Viertel (2,7 Millionen) innerhalb des jeweiligen Bundeslandes stattfanden. Neben persönlichen Gründen wie Partnerschaft oder Familiengründung spielen Faktoren wie regionale Arbeits-, Bildungs- und Wohnungsmärkte, aber auch die Verkehrsanbindung der Wohnorte eine Rolle.

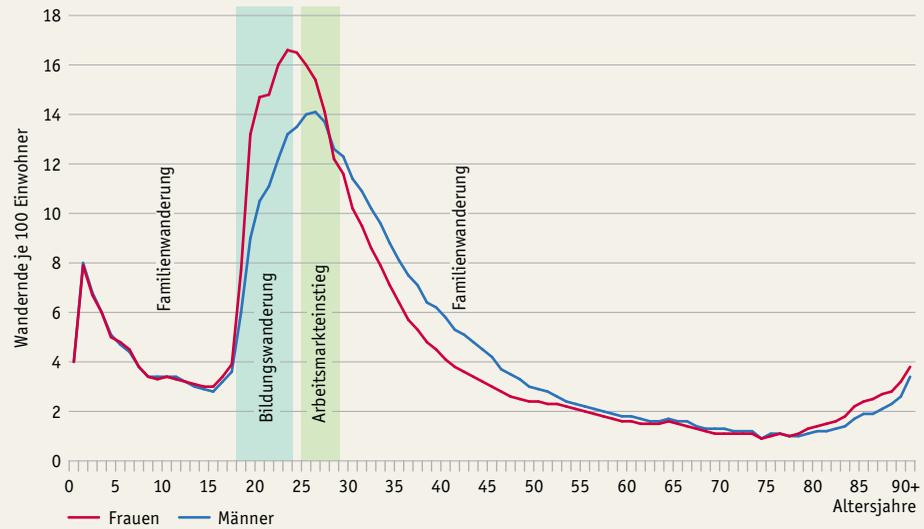
Seit einigen Jahren sind die Wanderungen zwischen Ost- und Westdeutschland im Saldo annähernd ausgeglichen, da die Abwanderung aus den ostdeutschen Bundesländern auch aufgrund des demografischen Wandels stetig abnimmt. 83.000 Menschen wanderten 2020 von Ost nach West, 89.000 von West nach Ost. 10 Jahre zuvor zog es noch 111.000 Menschen von einem Bundesland in Ostdeutschland in ein Bundesland in Westdeutschland; in die entgegengesetzte Richtung wanderten nur 87.000 Menschen.

Bei den Wanderungen lassen sich abhängig vom Alter der Personen unterschiedliche Haupttendenzen ausmachen. Die Mobilität der jüngeren Altersgruppen führte seit dem Fall der Mauer in Ostdeutschland zu größeren Abwanderungsverlusten. Der Abwanderungstrend aus den ostdeutschen Bundesländern hat sich inzwischen deutlich reduziert und konzentriert sich aktuell auf einzelne Altersjahre und Regionen. In der Gruppe der 18- bis unter 25-Jährigen (Bildungswanderung) und der 25- bis unter 30-Jährigen (Arbeitsmarkteinstieg) wandern jedes Jahr bis zu 17 Personen je 100 Einwohner:innen über die Gemeindegrenzen (**Abb. A1-6, Tab. A1-7web**). Für die Familienwanderung (unter 18 Jahren und 30 bis unter 50 Jahren) fällt die Mobilität deutlich geringer aus und lag im Jahr 2020 bei 3 bis 8 Personen je 100 Einwohner:innen.

Corona-Pandemie verringert die Zuwanderung aus dem Ausland

Ländliche Kreise kaum Ziel von Zuwanderung aus dem Ausland

Drei Viertel der Binnenwanderung innerhalb des Bundeslandes

Abb. A1-6: Wandernde je 100 Einwohner:innen über Gemeindegrenzen 2020 nach Altersjahren und Geschlecht

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Wanderungsstatistik

→ Tab. A1-7web

Junge Frauen unter 30 Jahren besonders mobil

Neben den altersspezifischen Unterschieden bei den Wanderungsbewegungen sind auch geschlechtsspezifische auszumachen: Bis zu einem Alter von etwa 27 Jahren wandern junge Frauen häufiger als junge Männer, danach kehrt sich das Verhältnis um. Die höchste Mobilität weisen Frauen in Altersjahren auf, die von Ausbildung und Einstieg in den Arbeitsmarkt geprägt sind: Mit 17 % wechselte 2019 jede 6. 23-jährige Frau ihren Wohnsitz – bei den Männern waren es 13 % in diesem Alter.

Insgesamt ist festzuhalten, dass die Abwanderung vor allem junger Erwachsener aus den ostdeutschen Bundesländern dort zu einer schnelleren Alterung der Bevölkerung geführt hat (vgl. Kreistypisierung in **B1**). Zusätzlich sind mehr junge Frauen als junge Männer abgewandert, was in der Vergangenheit zu einer Verringerung an Frauen im gebärfähigen Alter geführt hat und damit die Zahl potenzieller Geburten verringerte (Echoeffekt).

Methodische Erläuterungen

Bevölkerungsvorausberechnung ^D

Die mit den Statistischen Landesämtern koordinierten Bevölkerungsvorausberechnungen des Statistischen Bundesamtes beschreiben die künftige Größe und Struktur der Bevölkerung. Es werden verschiedene Varianten mit je unterschiedlichen Annahmen hinsichtlich der künftigen Entwicklung einzelner Einflussfaktoren berechnet. Die hier vorgelegten Zahlen stammen aus der 2019 vorgestellten 14. koordinierten Vorausberechnung (Variante 2).

Variante 2 geht von einer zusammengefassten Geburtenziffer von 1,55 Kindern bei einem moderaten Anstieg auf 1,6 aus, einer durchschnittlichen Lebenserwartung von 84,4 Jahren bei Jungen und 88,1 Jahren bei Mädchen sowie einem durchschnittlichen Wanderungssaldo von 221.000 Personen pro Jahr.

Zusammengefasste Geburtenziffer

Der Wert wird aus den aufsummierten altersspezifischen Geburtenziffern (Verhältnis aller Frauen eines Alters zu den von den Frauen dieses Alters im jeweiligen Kalenderjahr geborenen Kindern) für die 15- bis 49-jährigen Frauen generiert. Sie bezeichnet die Kinderzahl, die eine Frau im Laufe ihres Lebens erreichen würde, wenn ihr Geburtenverhalten dem der übrigen 15- bis 49-jährigen Frauen desselben Kalenderjahres entspräche.

Wanderungen

Bei den Wanderungen wird zwischen Wohnsitzwechseln von Personen über die Grenzen Deutschlands (Außenwanderung) und über Gemeindegrenzen hinweg (Binnenwanderung) unterschieden. Grundlage für die Daten sind die An- und Abmeldungen, die von den Meldeämtern der Länder nach den melderechtlichen Regelungen erfasst werden.



Wirtschaftliche Entwicklung

Zuletzt im Bildungsbericht 2020 als A2

A
2

Die Bildungsangebote einschließlich der im Bildungsbereich tätigen Personen werden zu einem großen Teil vom Bund, von den Ländern und den Gemeinden finanziert. Das Finanzvolumen, das für das Bildungswesen bereitgestellt werden kann, ist dabei deutlich von der wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland beeinflusst. Für die realistische Einschätzung des finanziellen Handlungsspielraums der Bildungspolitik ist folglich ein Wissen um die Situation der öffentlichen Haushalte unabdingbare Voraussetzung.

Finanzsituation der öffentlichen Haushalte

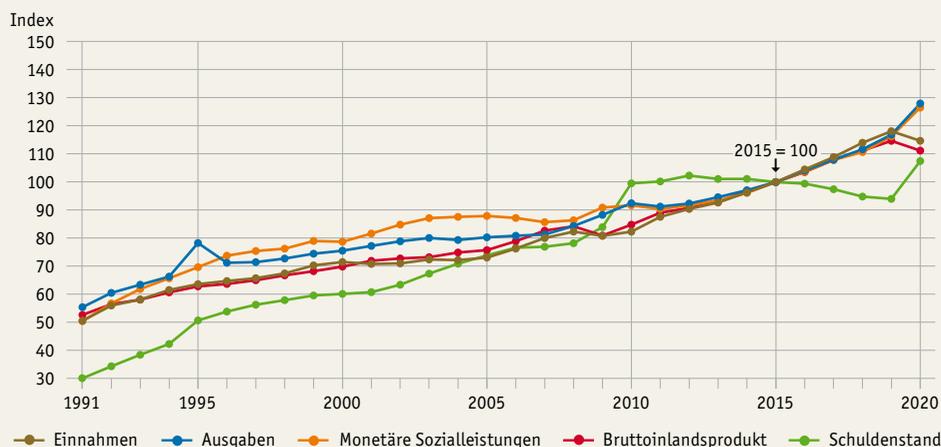
Knapp 90 % der Einnahmen des Staates werden über Sozialbeiträge und Steuern erzielt – im Jahr 2020 beliefen sich diese auf rund 1.566,9 Milliarden Euro, was gegenüber dem Vorjahr einem Minus von 2,9 % entspricht (**Abb. A2-1, Tab. A2-1web**). Diesen Einnahmen standen Ausgaben des Öffentlichen Gesamthaushalts ^(M) von 1.712,1 Milliarden Euro gegenüber. Verglichen mit 2019 ist dies eine Ausgabenerhöhung um 9,3 % – diese Entwicklung ist auch der Corona-Pandemie geschuldet. Der größte Ausgabenblock entfiel mit 595,1 Milliarden Euro auf monetäre Sozialleistungen wie die gesetzliche Kranken-, Renten- und Unfallversicherung, die soziale Pflegeversicherung oder auch die Arbeitslosenversicherung. Zur sozialen Sicherung zählen ebenfalls das Kinder- und Elterngeld sowie der Ausbau und die staatliche Förderung der Kindertagesbetreuung. Soziale Sachleistungen – etwa Ausgaben für Heiz-, Energie- und Betriebskosten – waren mit 310,1 Milliarden Euro ein weiterer großer Ausgabenposten des Öffentlichen Gesamthaushalts. Auch die Arbeitnehmer:innenentgelte stellen mit 284,1 Milliarden Euro einen wichtigen Ausgabenfaktor dar (vgl. **B3**).

**Sozialleistungen
größter Ausgaben-
block**

Der Finanzierungssaldo – Defizit oder Überschuss – des Öffentlichen Gesamthaushalts berechnet sich aus der Differenz der staatlichen Einnahmen und Ausgaben. 2020 belief sich das Defizit auf 145,3 Milliarden Euro und war damit nach 8 Jahren mit finanziellen Überschüssen das erste Mal wieder negativ – maßgeblich bedingt durch die Maßnahmen zur Bekämpfung der Corona-Pandemie (**Tab. A2-2web**). Die erforderlichen Mittel zur Finanzierung des Defizits wurden überwiegend durch Schuldenauf-

**Im Jahr 2020 über-
steigen erstmals
wieder die Ausgaben
die Einnahmen**

Abb. A2-1: Entwicklung zentraler wirtschaftlicher Kennzahlen 1991 bis 2020 (Index 2015 = 100)



Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen ^(D), eigene Berechnung

→ Tab. A2-1web

**Deutschlands
Schuldenstand über
dem EU-Grenzwert**

nahmen am Kreditmarkt gedeckt. Die Summe dieser jährlichen Schuldenzuwächse führte 2020 zu einem Bruttogesamtschuldenstand von rund 2.172,9 Milliarden Euro und lag mit 68,7 % des Bruttoinlandsprodukts (BIP) deutlich über der gemäß den Bestimmungen des EU-Stabilitäts- und Wachstumspakts festgelegten Grenze von 60 % des BIP. Im europäischen Vergleich liegt Deutschland damit noch unter dem Schnitt der EU-27-Staaten (90,1 %) ^G, wobei der Schuldenstand unter den Staaten stark variiert: Österreich weist etwa einen Schuldenstand von 83,2 % aus, Frankreich 115,0 %, Griechenland 206,3 %. Vergleichsweise niedrige Werte finden sich in Polen (57,4 %), Schweden (39,7 %) und Estland (19,9 %). Der Bruttogesamtschuldenstand wird die öffentliche Hand künftig stark belasten. Dies führt, vor allem in Verbindung mit der Schuldenbremse, zu einer verschärften Konkurrenzsituation zwischen den Teilbereichen des Haushalts und könnte auch den Spielraum für Bildungsausgaben verringern.

Bruttoinlandsprodukt**Deutsches
Wirtschaftswachstum
2020 durch
Corona-Pandemie
jäh gestoppt**

Ein wesentlicher Indikator zur Bewertung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit und des Wohlstands einer Volkswirtschaft ist das Bruttoinlandsprodukt (BIP) ^M. Nach einer Dekade robusten Wachstums rutschte die deutsche Wirtschaft im Zuge der Corona-Pandemie im Jahr 2020 erstmals seit der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/09 in eine Rezession. Mit einem Rückgang der Wirtschaftsleistung um 4,6 % ging Deutschland jedoch besser durch das Jahr 2020 als der europäische Durchschnitt mit einem Rückgang von 5,9 %. Im Vergleich der EU-27-Staaten brach die Wirtschaftskraft am stärksten in Spanien ein (10,8 %). Als einziger Staat der EU-27-Staaten konnte Irland mit einem Plus von 5,9 % trotz der Krise ein Wirtschaftswachstum verzeichnen.

**Deutschland größte
Volkswirtschaft unter
den EU-27-Staaten**

Für Deutschland insgesamt belief sich das BIP 2020 auf 3.368 Milliarden Euro – dies entsprach 40.495 Euro pro Einwohner:in (2019: 41.801 Euro pro Einwohner:in). In der EU erwirtschaftete jede:r Einwohner:in durchschnittlich rund 30.000 Euro. Das höchste BIP pro Kopf in der EU verzeichnete 2020 Luxemburg mit rund 102.000 Euro. Deutschland hatte 2020 mit rund einem Viertel den größten Anteil am Bruttoinlandsprodukt der Europäischen Union.

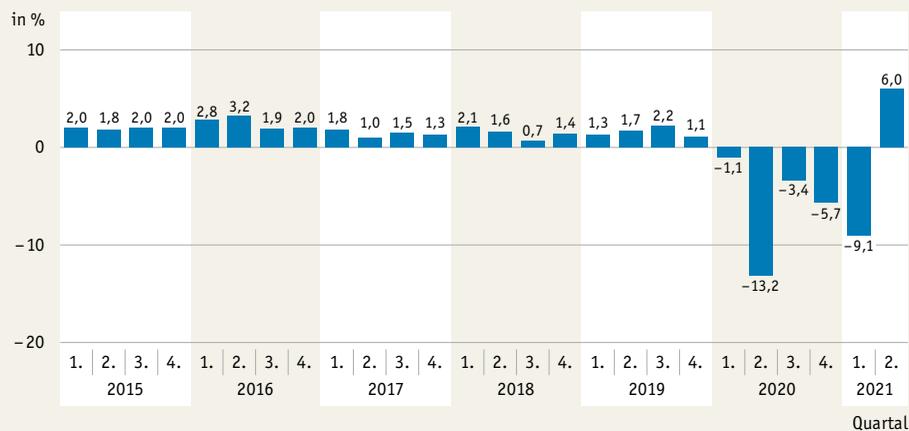
**Regionale Unter-
schiede bei der
wirtschaftlichen
Leistungsfähigkeit**

Innerhalb Deutschlands ist bei der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit nach wie vor ein ausgeprägtes West-Ost- und Süd-Nord-Gefälle festzustellen. Die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit dürfte wegen der regionalen Unterschiede in den Wirtschaftsstrukturen und der ungleichen Verteilung sehr großer Unternehmen auch langfristig von größeren regionalen Differenzen geprägt sein. Dies hat Auswirkungen vor allem auf die finanzielle Situation der Länderhaushalte und damit auch auf deren Ressourcen für das Bildungswesen. Das BIP je Einwohner:in lag 2020 im Gebiet von Ostdeutschland (mit Berlin) bei 32.740 Euro (80,8 % des Bundesdurchschnitts), in Westdeutschland betrug es 42.368 Euro (104,6 %). Der Unterschied zwischen dem wirtschaftsstärksten Land Hamburg (157,4 %) und dem wirtschaftsschwächsten Land Mecklenburg-Vorpommern (71,8 %) beträgt rund 35.000 Euro je Einwohner.

**Private Konsum-
ausgaben im
Jahr 2020 deutlich
gesunken**

Die Corona-Pandemie hat sich wie kaum eine andere Krise der zurückliegenden Jahre auf nahezu alle Bereiche der Gesellschaft ausgewirkt: Die Infektionsschutzmaßnahmen und die damit verbundene Schließung eines Großteils des Einzelhandels und der Freizeiteinrichtungen sowie die verhängten Reisebeschränkungen führten dazu, dass die Ausgaben der privaten Haushalte zurückgingen: Während die Konsumausgaben im 2. Quartal 2020 im Vergleich zum Vorjahresquartal um 13,2 % abnahmen, fiel der Rückgang im 3. Quartal aufgrund der Lockerungen der Corona-Maßnahmen mit 3,4 % deutlich moderater aus. Das BIP besteht fast zur Hälfte aus Konsumausgaben, die damit ein wichtiger Faktor für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung sind (**Abb. A2-2, Tab. A2-3web**).

Abb. A2-2: Veränderung der privaten Konsumausgaben (preisbereinigt) gegenüber dem entsprechenden Quartal des Vorjahres 2016 bis 2021 (in %)



Lesebeispiel: Die Konsumausgaben im 2. Quartal 2020 fielen im Vergleich zum Vorjahresquartal um 13,2 %. Die Folgequartale bis einschließlich dem ersten Quartal 2021 wiesen gegenüber den entsprechenden Vorjahresquartalen ebenfalls deutliche Rückgänge der Konsumausgaben auf. Im zweiten Quartal 2021 konnte im Vergleich zum Vorjahresquartal wieder ein Anstieg um 6,0 % verzeichnet werden.

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen

→ Tab. A2-3web

Methodische Erläuterungen

Öffentlicher Gesamthaushalt

Der Öffentliche Gesamthaushalt umfasst die Haushalte von Bund, Ländern, Gemeinden, Gemeindeverbänden, Zweckverbänden, Sozialversicherungsträgern, der Bundesagentur für Arbeit sowie die Sondervermögen von Bund und Ländern. Dargestellt werden die Nettoausgaben (Gesamtausgaben bereinigt um den Zahlungsverkehr zwischen den Teilhaushalten).

Bruttoinlandsprodukt

Das jährliche BIP kann in jeweiligen Preisen oder preisbereinigt dargestellt werden. Das BIP in jeweiligen Preisen wird sowohl von der Veränderung des

Volumens als auch von der Preisentwicklung beeinflusst. Bei einer preisbereinigten Berechnung wird der Einfluss der Preisentwicklung ausgeschaltet: Dabei werden alle Transaktionen in tiefer Gliederung mit spezifischen Preisindizes aus dem gesamten Datenangebot der Preisstatistiken deflationiert (bereinigt). Das preisbereinigte BIP wird auf der Grundlage einer jährlich wechselnden Preisbasis (Vorjahrespreisbasis) berechnet und anschließend verkettet. Die jährlichen Veränderungsdaten des preisbereinigten BIP lassen sich als Maßstab der (realen) Wirtschaftsentwicklung betrachten.



Erwerbstätigkeit

Die schwierige Arbeitsmarktsituation des Jahres 2020 war, der Corona-Pandemie geschuldet, in vielerlei Hinsicht eine Ausnahmesituation. Die Regierungen des Bundes und der Länder erließen im Laufe der Krise Regelungen und Empfehlungen etwa zu Kurzarbeit und Homeoffice; beide Maßnahmen werden in diesem Indikator aufgegriffen und in Hinblick auf ihre Inanspruchnahme durch unterschiedliche Bevölkerungsgruppen thematisiert. Ein besonderer Fokus wird, wie in den vorherigen Berichten, auf die Erwerbssituation von Müttern und Vätern gelegt. Die Erwerbstätigkeit von Eltern hat einen wichtigen Anteil an der sozialen Einbindung der Familie in die Gesellschaft, stellt in der Regel die wirtschaftliche Grundlage für den Privathaushalt dar und schützt diesen im Idealfall auch vor Armut und Armutsgefährdung. Die Erwerbslosigkeit einer Familie wird daher auch als eine der 3 Risikolagen für Kinder eingestuft (A4).

Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt

2020 kein Beschäftigungswachstum

Der seit 14 Jahren anhaltende kontinuierliche Beschäftigungszuwachs endete 2020 mit dem Beginn der Corona-Pandemie. Rund 44,8 Millionen Personen mit Arbeitsort in Deutschland waren 2020 erwerbstätig; nach vorläufigen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes lag die Zahl der Erwerbstätigen^M damit um 322.000 bzw. 0,7 % niedriger als im Jahr 2019. Der in Anbetracht der Krise relativ moderate Rückgang dürfte nicht zuletzt auf den massiven Einsatz von Kurzarbeit zurückzuführen sein. Unabhängig davon hat die Pandemie den Arbeitsmarkt und die Beschäftigten in Deutschland in vielerlei Hinsicht vor große Herausforderungen gestellt.

Größte Beschäftigungsverluste im Dienstleistungsbereich

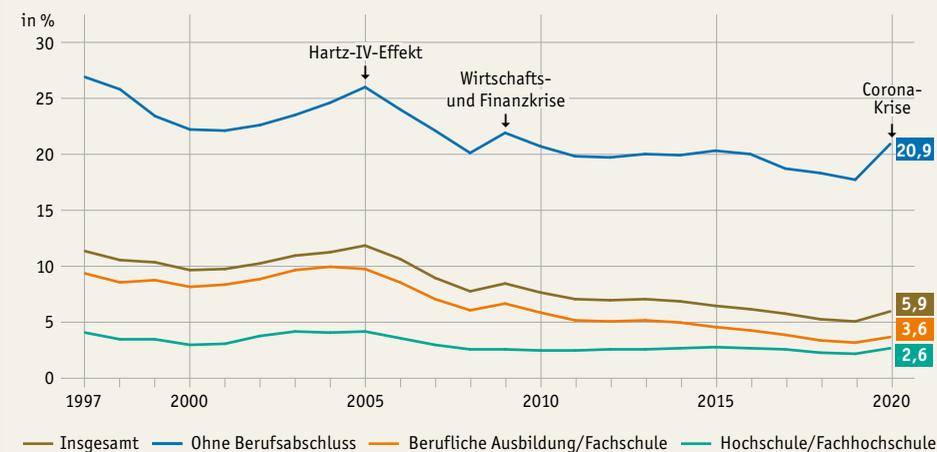
Die Beschäftigungsverluste fielen in den 4 großen Wirtschaftsbereichen produzierendes Gewerbe, Baugewerbe, Dienstleistungsbereiche sowie Land- und Forstwirtschaft, Fischerei unterschiedlich stark aus. In den Dienstleistungsbereichen kam es im Jahr 2020 gegenüber 2019 zu dem stärksten Rückgang der Erwerbstätigenzahl mit 281.000 Personen (0,8 %) (Tab. A3-1web). Insgesamt waren noch rund 33,5 Millionen in den Dienstleistungsbereichen tätig. Insbesondere der in diesem Bereich befindliche Wirtschaftszweig Handel, Verkehr, Gastgewerbe hatte mit einem Rückgang um 207.000 Erwerbstätige (2,0 %) stark unter den Schließungen aufgrund der Corona-Pandemie und Kontaktbeschränkungen zu leiden. Im Wirtschaftsbereich produzierendes Gewerbe kam es zu ähnlich hohen Beschäftigungsverlusten, da vielerorts Betriebe aufgrund von Lieferengpässen ihre Produktion stoppen oder doch deutlich reduzieren mussten: Hier sank die Erwerbstätigenzahl gegenüber dem Vorjahr um 191.000 (2,3 %) auf rund 8,2 Millionen.

Arbeitslosenquote 2020 nur moderat gestiegen

Die Bundesagentur für Arbeit meldet für das Jahr 2020 2,7 Millionen Arbeitslose^M: Die Arbeitslosenquote, der Anteil der Arbeitslosen an der Gesamtzahl der Erwerbspersonen, stieg von 5,0 % im Jahr 2019 auf 5,9 % (Tab. A3-2web). Während unter den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten – nicht zuletzt durch den Einsatz von Kurzarbeit – die Beschäftigung weitgehend stabil blieb, kam es zu starken Beschäftigungsverlusten unter den geringfügig entlohnten oder kurzfristig Beschäftigten sowie den Selbstständigen: Der Zugang zum Kurzarbeitergeld besteht nur für Personen in sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen und ist nicht für Selbstständige möglich. Insbesondere die Erwerbstätigen mit geringem Verdienst und ohne Zugang zu Kurzarbeitergeld werden durch die Corona-Pandemie vor große Herausforderungen gestellt.



Abb. A3-1: Qualifikationsspezifische Arbeitslosenquoten 1997 bis 2020 (in %)



Quelle: Bundesagentur für Arbeit

→ Tab. A3-2web

Die Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die Beschäftigungssituation unterscheiden sich auch in Abhängigkeit vom Bildungsstand. Die Arbeitslosenquote für hoch Qualifizierte mit akademischem Abschluss stieg von 2,1 % im Jahr 2019 auf 2,6 % im Jahr 2020 – trotz der Zunahme entspricht dies weiterhin einer Vollbeschäftigung (Tab. A3-2web, Abb. A3-1). Demgegenüber waren Personen ohne Berufsausbildung im Jahr 2020 nicht nur sehr viel häufiger arbeitslos (20,9 %), auch stieg deren Arbeitslosenquote gegenüber dem Vorjahr um 3,2 Prozentpunkte. Der Befund, dass Personen mit einem (Fach-)Hochschulabschluss vergleichsweise selten von Arbeitslosigkeit betroffen sind, wird auch durch die Betrachtung der qualifikationsspezifischen Arbeitslosenquoten der letzten 20 Jahre bestätigt. Selbst in konjunkturell schlechten Zeiten blieb die Arbeitslosenquote der Akademiker:innen auf sehr niedrigem Niveau, seit der Vereinigung durchweg unter der 4 %-Marke, seit 2007 sogar kontinuierlich unter 3 %. Im Gegensatz dazu waren Personen ohne Berufsabschluss sehr viel stärker von Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt und der damit verbundenen Beschäftigungssituation betroffen. Deren Arbeitslosenquote unterschritt in den vergangenen Jahren nicht die 17 %-Marke. Von der guten Arbeitsmarktsituation vor der Corona-Pandemie profitierten vor allem die Personen mit Berufsabschlüssen (mittleres Qualifikationsniveau), deren Arbeitslosenquote sich der der hoch Qualifizierten annäherte.

Pandemie verstärkt die Differenz bei den Arbeitslosenquoten nach Bildungsstand

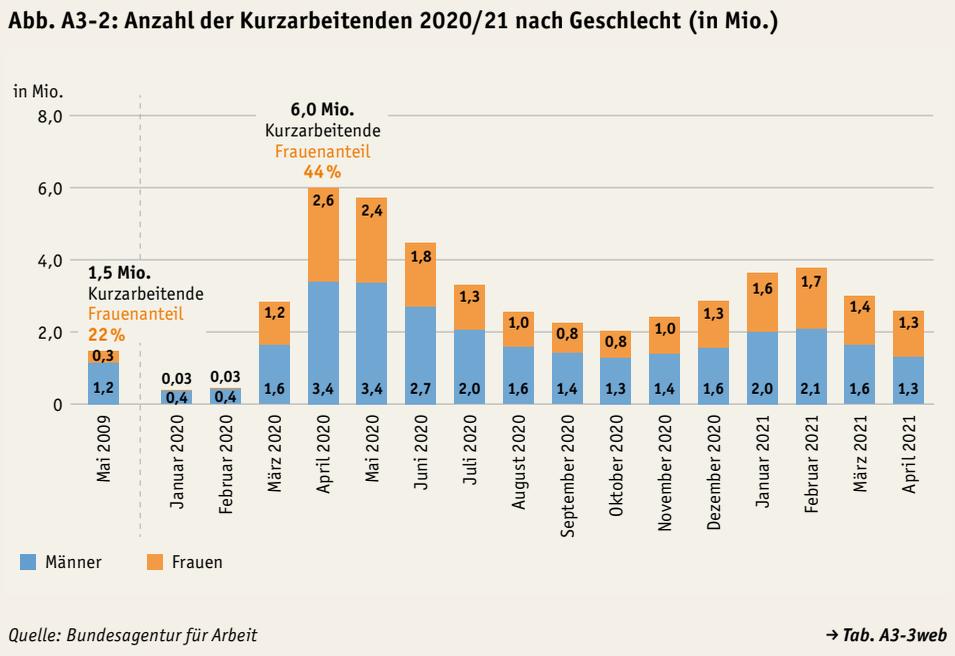
Akademiker:innen generell kaum von Arbeitslosigkeit betroffen

Kurzarbeit

Die Erwerbstätigkeit hat sich während der Zeit der Corona-Pandemie insbesondere in Hinblick auf 2 Aspekte gewandelt: Erstens ist es in vielen Fällen zu Veränderungen beim Arbeitsort gekommen, da Beschäftigte vermehrt ihrer Arbeit im Homeoffice nachgingen, um die Arbeitsfähigkeit trotz der empfohlenen Kontaktbeschränkungen aufrechtzuerhalten. Zweitens wurde und wird das Instrument der Kurzarbeit^M in der aktuellen Krise in einem Umfang genutzt, der zuvor in der deutschen Geschichte nicht erreicht wurde.

Laut Bundesagentur für Arbeit gab es im April 2020 einen Höchststand von knapp 6 Millionen Kurzarbeiter:innen (Abb. A3-2). Die Kurzarbeiterquote, als Anteil der Kurzarbeiter:innen an den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, stieg zu diesem Zeitpunkt auf 17,9 % – vor der Corona-Pandemie lag die Quote unter 0,5 % (Tab. A3-3web). Bis August 2021 sank sie wieder auf 2,2 %.

Im April 2020 Höchststand von 6 Millionen Kurzarbeiter:innen



Frauen in der Krise besonders von Kurzarbeit betroffen

Die Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie hatten insbesondere auf Dienstleistungsbereiche wie Gastronomie, Kultur und Tourismus teilweise katastrophale Auswirkungen – Bereiche, in denen hauptsächlich Frauen eine Erwerbstätigkeit ausüben. Darin lag ein wesentlicher Unterschied zur Wirtschafts- und Finanzkrise von 2008/09, von der insbesondere das männlich dominierte verarbeitende Gewerbe betroffen war. Zu Beginn der Pandemie im April 2020 waren 44,0 % der Beziehenden von Kurzarbeitergeld Frauen. Im Mai 2009 lag die Frauenquote demgegenüber bei nur 22,0 %.

Erwerbstätigkeit von Müttern und Vätern

3 von 4 Frauen mit minderjährigen Kindern erwerbstätig

In Deutschland waren im Jahr 2020 74 % der Frauen mit mindestens einem Kind unter 18 Jahren erwerbstätig. Diese Quote ist in den vergangenen Jahren deutlich gestiegen: 2010 lag sie noch bei 68 %. Dennoch stehen Frauen mit Kindern im Haushalt weiterhin deutlich seltener im Erwerbsleben als Männer in derselben familialen Situation: Der Anteil der erwerbstätigen Väter mit mindestens einem Kind unter 18 Jahren blieb in den letzten 10 Jahren nahezu konstant und lag 2020 bei 91 % (2010: 91 %).

Zwei Drittel aller erwerbstätigen Frauen mit mindestens einem Kind unter 18 Jahren arbeiteten 2020 in Teilzeit (70 %); bei Vätern in derselben Situation waren es lediglich 7 %. In den vergangenen Jahren ist allerdings eine leichte Erhöhung der Teilzeitbeschäftigung bei Vätern zu verzeichnen: 2010 lag deren Teilzeitquote noch bei 5 %, während der Anteil an teilzeitbeschäftigten Müttern auf konstant hohem Niveau blieb (**Tab. A3-4web**).

In Westdeutschland drei Viertel aller erwerbstätigen Mütter in Teilzeit

Die Erwerbsbeteiligung von Müttern mit minderjährigen Kindern unterscheidet sich weiterhin deutlich zwischen Ost und West: 81 % aller Mütter in Ostdeutschland gingen 2020 einer Erwerbstätigkeit nach – davon etwa die Hälfte (48 %) in Teilzeit. In den westdeutschen Bundesländern lag die Erwerbstätigenquote bei Müttern mit 73 % deutlich unter der der Mütter in Ostdeutschland; zudem sind im Westen 75 % aller erwerbstätigen Mütter nur in Teilzeit tätig.

Für Alleinerziehende ist der Spagat zwischen Arbeit und Kinderbetreuung besonders schwierig. Der überwiegende Teil der alleinerziehenden Erwerbstätigen mit



minderjährigen Kindern ist weiblich (87 %). 3 von 4 dieser alleinerziehenden Mütter (75 %) gehen einer Erwerbstätigkeit nach – die Quote liegt damit auf ähnlich hohem Niveau wie die Erwerbstätigenquote von Müttern insgesamt (74 %). Allerdings arbeiten von der rund 1 Million Frauen, die ihr minderjähriges Kind überwiegend allein betreuen, 43 % in Vollzeit – deutlich mehr als bei Müttern in Paarfamilien (32 %).

Alleinerziehende Mütter häufiger in Vollzeit als Mütter in Paarfamilien

Mütter und Väter im Homeoffice

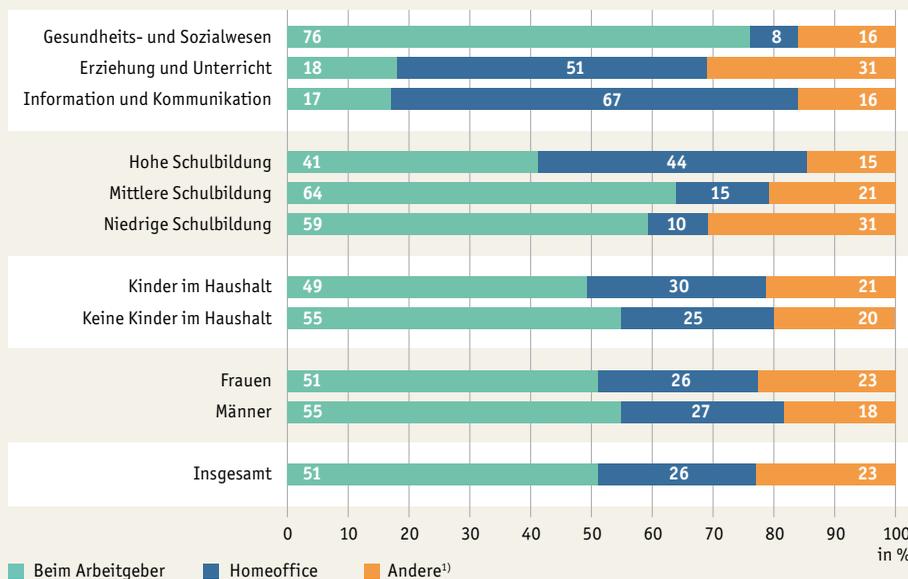
Im Zuge der Corona-Pandemie beschlossen die Regierungen des Bundes und der Länder weitreichende Maßnahmen zur Eindämmung des Corona-Virus. Von diesen waren Eltern in doppelter Hinsicht betroffen: Zum einen wandelte sich für viele Eltern der Arbeitsalltag, etwa durch den Wechsel ins Homeoffice oder durch Kurzarbeit; zum anderen erhöhten sich durch die zeitweise Schließung von Kitas (vgl. C2) und Schulen (vgl. D1) die familialen Anforderungen im Bereich der Kinderbetreuung und Unterstützung bei den schulischen Aufgaben.

Der Mikrozensus 2018 gibt Aufschluss über die Nutzung von Homeoffice in Deutschland in der Zeit vor der Corona-Pandemie. Als markantester Befund lässt sich ausmachen, dass diese Arbeitsform vor der Corona-Pandemie nur von wenigen Erwerbstätigen in Anspruch genommen wurde. So haben im Jahr 2018 lediglich 12 % aller Beschäftigten von zu Hause gearbeitet; unter den Eltern mit minderjährigen Kindern war Homeoffice mit 15 % nicht wesentlich verbreiteter. Der Anteil von Homeoffice-Nutzer:innen lag bei Vätern mit 16 % etwas höher als bei Müttern mit 14 %. Die ersten Ergebnisse des Mikrozensus für 2020 zeigen einen merklichen Anstieg bei der Nutzung von Homeoffice unter allen Beschäftigten auf anteilig 21 % (Tab. A3-5web). Detailliertere Daten liegen für das Jahr 2020 nicht vor.

Nutzung von Homeoffice 2020 merklich gestiegen

Hinweise auf den Wandel in der Homeoffice-Nutzung in der Corona-Pandemie gibt jedoch die Mannheimer Corona-Studie (Möhring et al., 2020). Diese zeigt, dass während der Zeit der Kita- und Schulschließungen der Anteil der Eltern, die im Home-

Abb. A3-3: Beschäftigungssituation 2020 nach Geschlecht, Kindern im Haushalt, Schulbildung und ausgewählten Wirtschaftszweigen (in %)



1) „Andere“ umfasst Kurzarbeit, Freistellung (mit/ohne Lohn) und Arbeitslosigkeit, Befragungswoche 27.03. bis 02.04.2020 (n ~ 2.000).

Quelle: Mannheimer Corona-Studie

→ Tab. A3-6web

**Nutzung von
Homeoffice vorrangig
von Personen mit
höherem Bildungs-
abschluss**

office arbeiteten, deutlich auf 30 % angestiegen ist. Allerdings unterscheiden sich diese Anteile nicht gravierend von denen der Befragten ohne Kinder, die im gleichen Zeitraum zu 25 % ihrer Erwerbstätigkeit im Homeoffice nachgingen. Zudem waren Personen mit höheren Bildungsabschlüssen mit einem Anteil von 44 % deutlich häufiger im Homeoffice tätig als solche mit niedrigeren Abschlüssen (16 %). Die Autor:innen der Studie kommen zu dem Schluss, dass für die Homeoffice-Nutzung die familiäre Situation und die Wünsche der Beschäftigten eine geringere Rolle spielen als die Erfordernisse der Tätigkeit und die Bestimmungen des Arbeitgebers. Einleuchtend ist, dass einige Berufe, etwa im Gesundheits- und Sozialwesen oder im Gastgewerbe, nicht für Homeoffice geeignet sind – anders als etwa typische Büroberufe wie im Bereich Information und Kommunikation, wo rund 67 % der Beschäftigten ihre Tätigkeit von zu Hause ausüben können (**Tab. A3-6web, Abb. A3-3**).

Inwieweit die Arbeit im Homeoffice auch nach der Corona-Pandemie ein verbreitetes Arbeitsmodell für einige Beschäftigtengruppen bleibt und welche Einflüsse dies auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf hat, wird sich in den kommenden Jahren zeigen.

Methodische Erläuterungen**Erwerbstätigkeit, Erwerbsbeteiligung, Voll- und Teilzeittätigkeit**

Die Grenze zwischen Voll- und Teilzeittätigkeit wird für die hier vorgenommenen Analysen bei einer durchschnittlichen Wochenarbeitszeit von 32 Stunden definiert. Personen in Elternzeit oder Mutterschutz gelten im Sinne des Erwerbsstatus nach dem ILO-Konzept  als erwerbstätig.

Arbeitslose, Arbeitslosenquote

Arbeitslose sind Personen, die in keinem Beschäftigungsverhältnis stehen, ein solches suchen und dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen. Die *Arbeitslosenquote* ist der Anteil der Arbeitslosen an den zivilen Erwerbspersonen.

Kurzarbeitergeld, Kurzarbeit, Kurzarbeiterquote

Das konjunkturelle *Kurzarbeitergeld* (§§ 95 ff. SGB III) wird gewährt, wenn in Betrieben oder Betriebsabteilungen die regelmäßige betriebsübliche wöchentliche Arbeitszeit infolge wirtschaftlicher Ursachen oder eines unabwendbaren Ereignisses vorübergehend verkürzt wird. Der Arbeitsausfall muss mindestens ein Drittel der in dem Betrieb beschäftigten Arbeitnehmer:innen betreffen und zu einem Entgeltausfall von jeweils mehr als 10 % führen. Die *Kurzarbeiterquote* ist der Anteil der Personen in Kurzarbeit an den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten.

Familien- und Lebensformen

Zuletzt im Bildungsbericht 2020 als A4

A
4

Für Kinder ist die Familie der erste und ein wesentlicher Ort der Sozialisation und Persönlichkeitsbildung (vgl. C1). Die bildungsrelevanten Ressourcen der Familie und des sozialen Umfelds sind für die Bildungschancen der Kinder in Deutschland nach wie vor ein entscheidender Faktor. Dargestellt wird zunächst, in welchen Familienformen Kinder aufwachsen. Daran schließt sich eine Analyse der sozialen, finanziellen und bildungsbezogenen Risikolagen an, deren Vorliegen einen negativen Einfluss auf die Bildungschancen der Kinder haben kann. Der Fokus liegt in diesem Jahr auf der Dynamik des Verbleibs der betroffenen Kinder in diesen Risikolagen.

Familienformen

Die Formen des familialen Zusammenlebens unterliegen einer langsamen, aber kontinuierlichen Veränderung. Mit Blick auf die vergangenen 20 Jahre zeigt sich deutlich, dass das Zusammenleben in Familienstrukturen, also von Erwachsenen – als Ehepaar, Lebensgemeinschaft oder auch alleinerziehend – mit ledigen Kindern in einem Haushalt kontinuierlich abnimmt: Lebten 1998 noch 56 % der Bevölkerung in solchen Familienzusammenhängen, sind es 2020 mit 49 % weniger als die Hälfte. Es wäre jedoch verkürzt, diese Entwicklung lediglich auf einen Einstellungswandel bezüglich der Familiengründung bei den jüngeren Menschen zurückzuführen: Unter den Bedingungen des demografischen Wandels gibt es beinahe zwangsläufig immer mehr Haushalte mit älteren Menschen, die nicht mehr mit ihren Kindern zusammenleben.

Der historisch gewachsene Ost-West-Unterschied hinsichtlich der Lebens- und Familienformen ^M hat sich 30 Jahre nach der Vereinigung zwar reduziert, ist aber immer noch prägnant: Während in Westdeutschland rund 50 % der Bevölkerung in einem Familienzusammenhang mit Kindern leben, sind es in Ostdeutschland 44 %. Einfluss darauf hatten Faktoren wie der Geburteneinbruch in Ostdeutschland in den frühen 1990er-Jahren und der damit verbundene Echoeffekt sowie das innerdeutsche Wanderungsverhalten in den Nachwendejahren (A1, Tab. A4-1web).

Bei den Familien mit minderjährigen Kindern leben 2020 in knapp drei Vierteln (71 %) der Fälle die Eltern als Ehepaar zusammen. In Westdeutschland ist eine solche Gestaltung des Zusammenlebens mit rund 76 % weit stärker verbreitet als in Ostdeutschland mit 54 %: Dort leben Familien deutlich häufiger in nichtehelichen Lebensgemeinschaften (22 gegenüber 9 % in Westdeutschland) oder in Alleinerziehendenfamilien (24 gegenüber 16 %). In Westdeutschland ist der Anteil der verheirateten Elternpaare in den letzten 10 Jahren leicht zurückgegangen, in Ostdeutschland stieg er leicht an – es fand also eine Annäherung statt. Bei den Familien mit Migrationshintergrund ^G beträgt der Anteil verheirateter Eltern aktuell 77 % und liegt damit 8 Prozentpunkte über dem bei Familien ohne Migrationshintergrund. In dieser Bevölkerungsgruppe gibt es auch die höchsten Anteile an Familien mit 3 und mehr Kindern (Tab. A4-2web, Abb. A4-1).

Mehr als jede 6. Familie ist 2020 eine Alleinerziehendenfamilie, wobei die amtliche Statistik über die diversen Erziehungs- und Betreuungskonstellationen, die auch in solchen Fällen möglich sind, nicht im Detail aussagefähig ist: Beispielsweise liegen keine Daten zum sogenannten Wechselmodell vor, bei dem Kinder abwechselnd von den getrennt lebenden Elternteilen betreut werden. Die Anteile von Alleinerziehendenfamilien sind in Ostdeutschland und bei Familien ohne Migrationshintergrund etwas höher, wobei in Ostdeutschland ein deutlicher Rückgang dieser Familienform zu verzeichnen ist. Im Vergleich der Bundesländer fallen außerdem die Stadtstaaten mit höheren Anteilen von Alleinerziehendenfamilien auf (Tab. A4-3web).

Rückgang des Zusammenlebens in Familienstrukturen – vorrangig aus demografischen Gründen

Ehepaare mit Kindern weiterhin häufigste Familienform

Jede 6. Familie ist Alleinerziehendenfamilie

**Abb. A4-1: Familien* mit Kindern unter 18 Jahren in Deutschland 2010 und 2020 nach Familienform, Migrationshintergrund und Ländergruppen**

* Familien am Hauptwohnsitz.

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Mikrozensus, eigene Berechnungen

→ Tab. A4-2web

Kinder aus Familien mit Risikolagen

Nach wie vor ist in Deutschland ein gerade im internationalen Vergleich enger Zusammenhang zwischen familialen Lebensverhältnissen, Bildungsbeteiligung sowie Zertifikats- und Kompetenzerwerb nachweisbar (vgl. **B4, C1, D2, D7, F2, H5**, OECD, 2019, Kluczniok et al., 2021). Die Rahmenbedingungen für Bildungs- und Entwicklungsprozesse von Kindern lassen sich anhand einiger Strukturmerkmale ihres direkten Umfelds in der Familie, etwa des formalen Bildungsstands der Eltern, des sozioökonomischen Status der Familie sowie der elterlichen Erwerbsbeteiligung beschreiben.

Jedes 3. Kind von mindestens einer Risikolage betroffen

Auf dieser Basis werden 3 Risikolagen gebildet: die Risikolage formal gering qualifizierter Eltern, die soziale sowie die finanzielle Risikolage. In Deutschland sind 2020 knapp 29 % oder fast jedes 3. Kind unter 18 Jahren von mindestens einer dieser Risikolagen betroffen, 4 % von allen 3 Risikolagen gleichzeitig (**Abb. A4-2, Tab. A4-4web, Tab. A4-5web**).

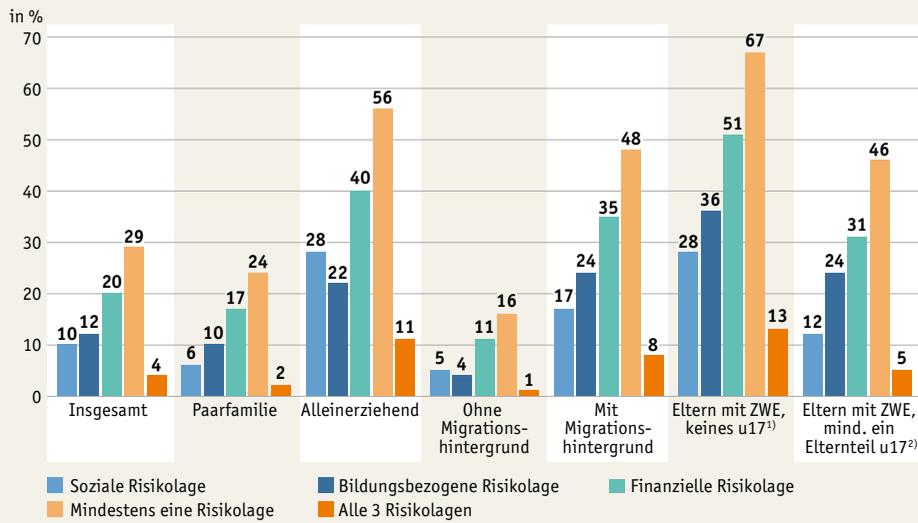
Anteil der Kinder aus formal gering qualifizierten Elternhäusern stabil

Die *Risikolage formal gering qualifizierter Eltern* liegt dann vor, wenn alle Elternteile im Haushalt einen Bildungsstand unter ISCED 3 haben, also weder eine Hochschulreife noch eine abgeschlossene Berufsausbildung vorweisen können. Eine typische Folge dieser Risikolage kann die fehlende Unterstützungsmöglichkeit für die Kinder etwa in schulischen Belangen sein (vgl. **D5**) – dies zeigte sich etwa während der Phasen des sogenannten Homeschoolings in der Corona-Pandemie. 2020 wuchsen 12 % aller Kinder in Deutschland in einer von dieser Risikolage betroffenen Familie auf (2010: 12 %).

Jedes 10. Kind wächst bei erwerbslosen Eltern auf

In den meisten Familien sind heute beide Elternteile erwerbstätig, wenn auch häufig mit unterschiedlichen Arbeitszeitvolumina (**A3**). Dennoch wachsen trotz der insgesamt guten Arbeitsmarktsituation 9 % der Kinder in Haushalten auf, in denen kein Elternteil erwerbstätig ist (2010: 10 %): In diesen Fällen liegt eine *soziale Risikolage* vor. Eine typische Folge für die betroffenen Kinder kann der fehlende Zugang zu gesellschaftlichen Ressourcen sein: Dies sind insbesondere Netzwerke, die auf der Erwerbstätigkeit der Eltern basieren und den Kindern einen erleichterten Zugang zu Hilfen,

Abb. A4-2: Risikolagen der unter 18-Jährigen 2020 nach Familienform und Migrationshintergrund (in %)



1) Alle Elternteile in der Familie mit Zuwanderungserfahrung (ZWE), kein Elternteil war zum Zuwanderungszeitpunkt nach Deutschland jünger als 17 Jahre.

2) Alle Elternteile in der Familie mit Zuwanderungserfahrung, mindestens ein Elternteil war zum Zuwanderungszeitpunkt nach Deutschland jünger als 17 Jahre.

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Mikrozensus, eigene Berechnungen

→ Tab. A4-4web

Anerkennung und Kontakten bis hin zum Finden von Praktikums-, Ausbildungs- und Arbeitsplätzen bieten können. Auch ist davon auszugehen, dass die Erwerbstätigkeit der Eltern eine Vorbildfunktion für die Kinder hat (Tab. A4-4web, Tab. A4-5web).

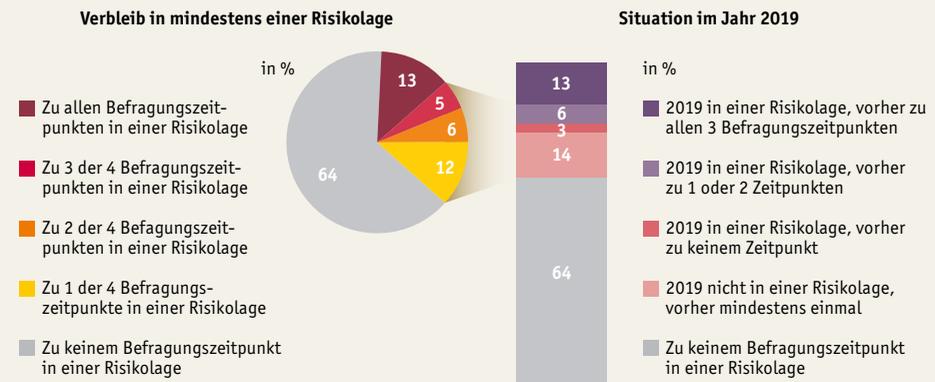
Rund jedes 5. Kind in Deutschland ist aktuell von einer *finanziellen Risikolage* betroffen. Diese liegt vor, wenn das in Abhängigkeit von der Haushaltszusammensetzung berechnete Haushaltseinkommen unterhalb der Armutsgefährdungsgrenze^M liegt, wovon auch eine Erwerbstätigkeit der Eltern nicht immer zu schützen vermag. Gegenüber 2010 ist der Anteil der von dieser Risikolage betroffenen Kinder in Deutschland von 18 auf 20 % gestiegen; damit handelt es sich weiter um die am häufigsten anzutreffende Risikolage. Zudem ist ein deutlicher Zusammenhang zwischen Armutsgefährdung und Anzahl der Kinder in der Familie festzustellen: Kinder in Paarfamilien ohne oder mit nur einem Geschwisterkind sind nur ein Drittel so oft (2020: 10 resp. 12 %) von der finanziellen Risikolage betroffen wie solche in Familien mit 3 und mehr Kindern (2020: 33 %). Kinder von Alleinerziehenden sind besonders häufig dem finanziellen Risiko ausgesetzt: In dieser Familienform gilt mit Einzelkindern ein Drittel als armutsgefährdet (2020: 34 %), bei 2 Kindern schon 41 % und bei 3 und mehr Kindern 59 % (Tab. A4-6web).

Anteil armutsgefährdeter Kinder weiter hoch, insbesondere in Alleinerziehendenfamilien

Kinder in länger anhaltenden Risikolagen

Es ist davon auszugehen, dass mit den Risikolagen einhergehende Einschränkungen und Schwierigkeiten für die betroffenen Kinder – etwa in Bezug auf eine erfolgreiche Bildungsteilnahme – umso gravierender sind, je länger (kumulierte) Risikolagen andauern. Der Mikrozensus^D erlaubt es, Kinder für die Dauer von bis zu 4 Jahren zu beobachten. Für die folgenden Analysen wurde ein entsprechendes Panel aus den Mikrozensus der Jahre 2016 bis 2019 erstellt; aktuellere Daten, die auch Aufschluss über die Auswirkungen der Corona-Pandemie geben könnten, sind erst für den nächsten Bildungsbericht zu erwarten. In die Auswertungen gehen nur die 16.834 Kinder

Ein Drittel aller Kinder innerhalb von 4 Jahren mindestens einmal von einer bildungsspezifischen Risikolage betroffen

Abb. A4-3: Verbleib der unter 18-Jährigen in mindestens einer Risikolage 2016 bis 2019 (in %)

1) Balanciertes Panel des Mikrozensus über 4 Jahre (2016 bis 2019): Auszählung von Fällen, für die zu allen Befragungszeitpunkten Angaben vorliegen, keine Hochrechnung.

Lesebeispiel: Von den im gesamten Betrachtungszeitraum von 2016 bis 2019 Minderjährigen waren 64 % zu keinem, 13 % zu allen vier Befragungszeitpunkten in mindestens einer der Risikolagen; 23 % (5 % + 6 % + 12 %) waren im Betrachtungszeitraum temporär in Risikolagen. Die rechte Säule fokussiert die Situation im Jahr 2019, dem letzten und aktuellsten Betrachtungszeitpunkt: Neben den 64 %, die konstant nicht in Risikolagen waren, sind weitere 14 % im Jahr 2019 nicht mehr von einer Risikolage betroffen, waren dies aber zu mindestens einem früheren Zeitpunkt. 3 % sind 2019 erstmals in eine Risikolage geraten.

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Mikrozensus, eigene Berechnungen

→ Tab. A4-7web

Jedes 8. Kind über 4-Jahres-Zeitraum permanent in mindestens einer Risikolage

ein, die in jedem dieser 4 Befragungsjahre je einmal erfasst wurden. Anders als beim Mikrozensus üblich ist eine Hochrechnung auf die Bevölkerung insgesamt bei dieser Analyse nicht möglich; es werden lediglich Anteile der genannten Stichprobe beschrieben. Ein Vergleich dieser Zahlen mit den oben berichteten hochgerechneten Ergebnissen des Mikrozensus wird deswegen nicht vorgenommen.

Von den Kindern, deren Risikolagen von 2016 bis 2019 durchgängig erfasst wurden, waren zwei Drittel (64 %) zu keinem Zeitpunkt in einer der 3 Risikolagen. 13 % der Kinder befanden sich dauerhaft – also über 4 Jahre – in mindestens einer Risikolage, 23 % waren innerhalb von 4 Jahren zwischen 1- und 3-mal von mindestens einer Risikolage betroffen: Sie haben erlebt, dass sich ihre Lebenssituation innerhalb von 4 Jahren unter Umständen massiv geändert hat (Tab. A4-7web, Abb. A4-3).

Jedes 10. Kind über 4-Jahres-Zeitraum permanent armutsgefährdet

Für einen geringen Anteil von 3 % der Kinder waren die Eltern zu allen 4 Befragungszeitpunkten nicht erwerbstätig, weitere 7 % haben diese Erfahrung mindestens einmal machen müssen – bei 90 % der Kinder lag zu keinem Zeitpunkt ein soziales Risiko vor. Auch waren fast 9 von 10 Kindern (87 %) im Betrachtungszeitraum nicht vom Risiko formal qualifizierter Eltern betroffen; 8 % waren zu mindestens einem Befragungszeitpunkt diesem Risiko ausgesetzt, 5 % hatten Eltern, deren niedriger Bildungsstand sich innerhalb der 4 Jahre nicht veränderte. Annähernd jedes 10. erfasste Kind (8 %) lebte von 2016 bis 2019 dauerhaft im Armutsrisiko, zusätzlich war ein Viertel der Minderjährigen zu mindestens einem der 4 Befragungszeitpunkte armutsgefährdet; zu keinem Zeitpunkt im finanziellen Risiko befanden sich 67 % der Kinder (Tab. A4-7web).

Im Jahr 2019 erlebten 3 % der Kinder zum ersten Mal mindestens eine Risikolage; sie waren in den vorhergehenden 3 Jahren von dieser Erfahrung verschont geblieben. Weitere 6 % der Kinder wurden 2019 in mindestens einer Risikolage angetroffen und waren bereits zuvor an einem oder 2 weiteren der 4 Befragungszeitpunkte mindestens einer Risikolage ausgesetzt. 14 % der Minderjährigen lebten 2019 in Familien, die aus der oder den Risikolagen herausgefunden hatten (Abb. A4-3).

Migrationshintergrund und Zuwanderungserfahrung

Von den Risikolagen sind Kinder mit Migrationshintergrund überproportional häufig betroffen: Bei 48 % liegt mindestens eine, bei 8 % von ihnen alle 3 Risikolagen vor. In der Vergleichsgruppe der Kinder ohne Migrationshintergrund sind es lediglich 16 % respektive 1 %. Ein offenkundig großes Problem ist das finanzielle Risiko, von dem mit 35 % jedes 3. Kind aus Familien mit Migrationshintergrund betroffen ist – bei Kindern ohne Migrationshintergrund ist der Anteil mit 11 % deutlich geringer. Noch deutlicher sind die Unterschiede bei der bildungsbezogenen Risikolage: In Familien mit Migrationshintergrund leben die Kinder mit 24 % 6-mal häufiger in Familien mit formal gering qualifizierten Eltern als Kinder in Familien ohne Migrationshintergrund (4 %).

Kinder mit Migrationshintergrund häufiger von Risikolagen, insbesondere dem finanziellen Risiko, betroffen

Sind beide Elternteile (bzw. der alleinerziehende Elternteil) nach Deutschland zugewandert, sind ihre Kinder sämtlichen Risikolagen noch häufiger ausgesetzt. So leben 61 % dieser Kinder mit mindestens einer Risikolage und 33 % der Kinder mit der Risikolage formal gering qualifizierter Eltern; wenn die Eltern beim Zuzug selbst noch Kinder oder Jugendliche waren, also mindestens ein Elternteil zum Zuzugszeitpunkt unter 17 Jahre alt war, leben 46 % der Kinder mit mindestens einer und 24 % mit der bildungsbezogenen Risikolage (Tab. A4-4web).

Alle Risikolagen bei Familien mit Zuwanderungserfahrung stärker verbreitet

Risikolagen regional

Bei den regionalen Werten für die Risikolagen zeigt sich über die Länder hinweg eine sehr heterogene Situation. Der markante Ost-West-Unterschied bei der bildungsbezogenen Risikolage mit auffällig niedrigen Werten gerade in den ostdeutschen Flächenländern ist zum Teil dem Nachhall des DDR-Bildungssystems zu verdanken, das nur wenige ohne Ausbildungsabschluss verlassen haben; auch spielt der niedrigere Bevölkerungsanteil von Menschen mit Migrationshintergrund eine Rolle, die häufig einen geringeren formalen Bildungsstand haben. Auch in Bayern liegt der Anteil der Kinder mit einem Bildungsrisiko deutlich im einstelligen Bereich.

Risikolagen regional stark unterschiedlich ausgeprägt

Hessen, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen sowie die Stadtstaaten Berlin und Bremen liegen bei allen Risikolagen über dem Bundesdurchschnitt, wenn auch teilweise nur knapp. Im Land Bremen ist die Hälfte (52 %) der Kinder von mindestens einer Risikolage betroffen – deutlich häufiger als in Berlin, Hamburg, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern, wo immer noch jeweils rund ein Drittel der Kinder unter der Belastung mindestens einer Risikolage lebt. Auffällig hat sich die finanzielle Risikolage innerhalb der letzten 10 Jahre in Bremen entwickelt: 2010 waren 31 % der Kinder armutsgefährdet, im Jahr 2020 waren es 41 % (Abb. A4-4, Tab. A4-8web). Wurden im Land Bremen immer schon hohe Anteile bildungsbezogener Risikolagen vorgefunden, ist die Situation in den letzten Jahren auch durch überdurchschnittliche Zuwanderung aus dem Ausland noch einmal verschärft worden (vgl. Sozialberichterstattung der amtlichen Statistik, Regionaldatenbank Deutschland).

Besonders hohe Werte in den Stadtstaaten

In der Gesamtbetrachtung ist nach wie vor die finanzielle Risikolage vorherrschend, wobei Kinder von Alleinerziehenden und Kinder von Eltern, die erst im Erwachsenenalter nach Deutschland zugewandert sind, die höchsten Bildungsrisiken tragen. Diese Familienkonstellationen sind in den Stadtstaaten häufiger anzutreffen. Familien mit Migrationshintergrund leben darüber hinaus vergleichsweise häufig in den westdeutschen Flächenländern, sodass auch diese im regionalen Vergleich hervorstechen.

Deutschland im internationalen Vergleich bei den Risikolagen unter dem Durchschnitt

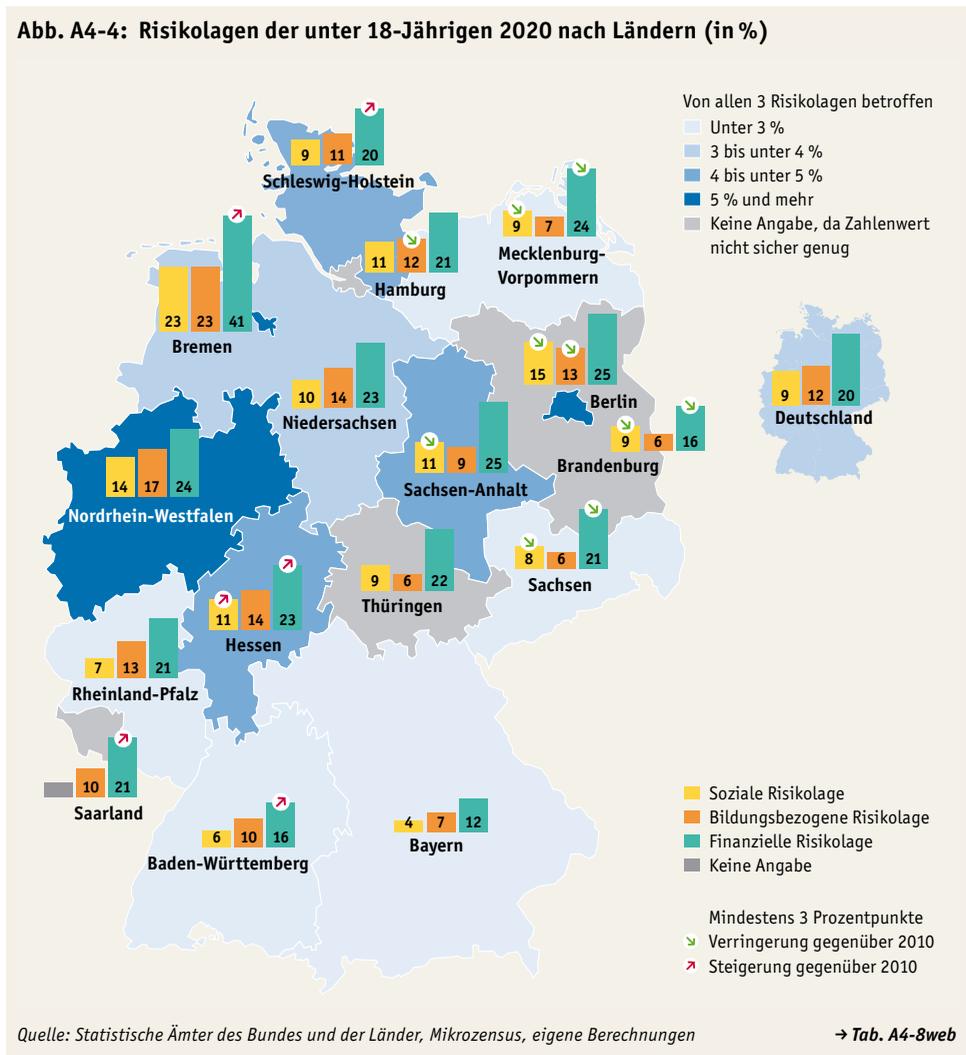
Risikolagen im internationalen Vergleich

In diesem Abschnitt werden Ergebnisse aus der Erhebung „Leben in Europa“ (EU-SILC) ¹⁰ präsentiert. Im Schnitt aller EU-27-Staaten war 2020 jedes 5. Kind unter 18 Jahren (20 %) armutsgefährdet. In allen Ländern der Europäischen Union lag die regionale Armutsgefährdungsquote im mindestens zweistelligen Bereich. Während in Deutschland 19 % der unter 18-Jährigen armutsgefährdet waren, reichten die europäischen Werte von rund 10 % in Ungarn, der Tschechischen Republik, Dänemark, Finnland und Slowenien bis zu 28 % in Bulgarien und Spanien sowie Rumänien mit 30 %.

Weniger große Unterschiede zeigen sich bei der Erwerbslosigkeit beider Elternteile: In den EU-27-Staaten insgesamt sowie Deutschland im Einzelnen wachsen rund 9 % aller Kinder mit dieser Risikolage auf. Slowenische Kinder hatten mit 3 % deutlich weniger nichterwerbstätige Elternteile als Kinder in Schweden, Belgien, Frankreich, Irland, Italien und Bulgarien mit jeweils knapp über 10 %.

Die Risikolage formal gering qualifizierter Eltern ist in der Europäischen Union ungleich verteilt, jedoch in fast allen EU-27-Staaten rückläufig. Deutschland lag im Jahr 2020 mit 13 % nahe am Durchschnitt aller EU-27-Staaten (14 %). Slowenien, Polen, die Tschechische Republik und Kroatien lagen unter 5 %. Besonders häufig fanden sich Kinder unter 18 Jahren mit formal gering qualifizierten Eltern in Malta und Portugal, wo jedes 3. Kind betroffen war (Tab. A4-9web).

Abb. A4-4: Risikolagen der unter 18-Jährigen 2020 nach Ländern (in %)



Methodische Erläuterungen

Lebens- und Familienformen

Gemäß der im Mikrozensus verwendeten Definition ist „Lebensform“ der Oberbegriff über alle Formen des Zusammenlebens in Haushalten. Als Familien werden alle Formen des Zusammenlebens mit Kindern bezeichnet: Ehepaare mit Kindern, Lebensgemeinschaften mit Kindern und Alleinerziehende mit Kindern. Weitere nicht-familiale Lebensformen sind Ehepartner (ohne Kinder), Lebenspartner (ohne Kinder) und Alleinstehende. Zu beachten ist, dass Eltern-Kind-Beziehungen, die über Haushaltsgrenzen hinweg bestehen, sowie Partnerschaften mit getrennter Haushaltsführung dabei unberücksichtigt bleiben.

Armutsgefährdungsgrenze

Zur Bestimmung der Armutsgefährdungsgrenze werden die Haushaltsäquivalenzeinkommen herangezogen. Das Einkommen eines Haushalts ist die Summe der persönlichen Nettoeinkommen aller Haushaltsmitglieder. Beim Äquivalenzeinkommen handelt es sich um eine Rechengröße, die das Einkommen von Haushalten unterschiedlicher Größe und Zusammensetzung vergleichbar macht. Hier wird als Äquivalenzskala die „modifizierte OECD-Skala“ verwendet, nach der die erste erwachsene Person das Gewicht 1 erhält, weitere Erwachsene sowie Kinder ab 14 Jahren das Gewicht 0,5 und Kinder unter 14 Jahren das Gewicht 0,3. Bei weniger als 60 % des mittleren Äquivalenzeinkommens (Median) nach Bundesmaßstab wird von einer Armutsgefährdung ausgegangen.

Perspektiven

Als eine Folge der Corona-Pandemie setzte sich der jahrelange Trend einer wachsenden Bevölkerung in Deutschland nicht weiter fort. Grund war vor allem der markante Einbruch der Zuwanderung im Jahr 2020. Ausgehend von einem temporären, pandemiebedingten Phänomen dürfte die Bevölkerung aufgrund von Zuwanderungsgewinnen aus dem Ausland in den kommenden Jahren wieder wachsen. Dies wird mittelfristig in sämtlichen Bildungsbereichen, aber vorrangig in der frühen Bildung, Betreuung und Erziehung und daran anschließend im Primar- und Sekundarbereich der Schulen zu einer steigenden Nachfrage der Angebote führen. Die Folgen des Kriegs in der Ukraine auf die kurz- und mittelfristige Zuwanderung und die Bleibetendenzen der Geflüchteten lassen sich noch nicht seriös abschätzen.

Die wachsende Nachfrage nach Bildungsangeboten ist regional unterschiedlich ausgeprägt. Im Vergleich zu ländlichen Regionen sind insbesondere in den Städten neben steigenden Geburtenzahlen auch die größten Zuwanderungsgewinne zu verzeichnen; entsprechend ist die Bevölkerungskomposition im städtischen Raum von höheren Anteilen an Menschen mit Migrationshintergrund und Zuwanderungserfahrung geprägt. Daraus lassen sich unterschiedliche Bedarfe ableiten, etwa nach Ausgestaltung der Bildungsinfrastruktur sowie Anzahl und Qualifikation des pädagogischen Personals, denen frühzeitig begegnet werden muss (A1).

Der Bildungserfolg der Kinder ist gerade in Deutschland eng mit der sozialen Situation der Familie verbunden, sodass die Verbesserung von und der Umgang mit schwierigen sozialen Lebenslagen eine der zentralen Herausforderungen für die Gesellschaft und für das Bildungssystem bleibt. Im Sinne einer Chancengleichheit verweist der stark erhöhte Anteil bildungsbezogener Risikolagen bei den Kindern mit Migrationshintergrund auf einen besonderen Handlungsbedarf. Hervorzuheben ist, dass nicht der Migrationsstatus als solcher Ursache dieser Schwierigkeiten ist, sondern die in dieser Bevölkerungsgruppe kumulierenden sozioökonomischen Herausforderungen (A4).

Entsprechende Härten zeigen sich vermehrt bei Kindern in Alleinerziehendenfamilien und in kinderreichen Familien: Auch in solchen Familien sind die bildungsbezogenen Risikolagen weit überdurchschnittlich verbreitet. Diese Kinder wachsen vor allem überproportional oft unter Bedingungen der Armut-

gefährdung auf. Ein Grund dafür dürfte sein, dass bei Familien mit mehr als 2 Kindern die Erwerbsbeteiligung deutlich reduziert ist (A4).

Die Erwerbstätigkeit von Frauen ist in den letzten 20 Jahren deutlich gestiegen und trägt entscheidend zum Beschäftigungswachstum in Deutschland bei. Insbesondere der Ausbau des Erwerbsumfangs von Frauen mit jungen Kindern rückt dabei in den Fokus; deren Erwerbstätigkeit und -umfang ist eng mit der Verfügbarkeit geeigneter Betreuungsangebote für ihre Kinder verbunden. Eine zentrale Bedingung für die weitere Erschließung dieses Arbeitskräftepotenzials ist folglich der fortgesetzte Ausbau dieser Kapazitäten und ggf. eine Verbesserung der Rahmenbedingungen im vorschulischen und schulischen Bereich, etwa der Öffnungszeiten in der Kindertagesbetreuung (vgl. C2) und der Ganztagsangebote im Primar- und Sekundarbereich (vgl. D3). Flexible Arbeitszeitmodelle spielen insbesondere für Eltern mit Kindern eine wichtige Rolle. Die Corona-Pandemie hat den Wunsch nach einer besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf noch verstärkt. Die in der Pandemiezeit vorangetriebene Nutzung von Homeoffice etwa hat hier neue Möglichkeiten eröffnet und eine breite Akzeptanz gefunden. Diese Entwicklung kommt jedoch nicht allen Bevölkerungsgruppen gleichermaßen zugute: So finden sich unter den Nutzerinnen und Nutzern von Homeoffice vorrangig Personen mit höheren Bildungsabschlüssen (A3, vgl. auch G4).

Die Corona-Pandemie und auch der Krieg in der Ukraine lassen vermuten, dass sich die bis 2019 durchweg positive wirtschaftliche Entwicklung zumindest kurzfristig nicht fortsetzen wird. Dies hat nicht nur Einfluss auf den Arbeitsmarkt und die Erwerbssituation der Familien (A3), sondern auch auf die Einnahmen der öffentlichen Haushalte, die wiederum die größten Mittelgeber des Bildungssystems sind (vgl. B3, A2). So könnten sich auf der einen Seite etwa soziale und finanzielle Risikolagen in den Familien noch verstärken (A4), andererseits bildungspolitische Spielräume, die in aller Regel mit größeren finanziellen Investitionen einhergehen, verengen. Hier eine sozialverträgliche Balance zwischen der Notwendigkeit zur Sparsamkeit und einer ausgewogenen Erfüllung der bildungspolitischen Bedarfe zu finden, wird eine politische Herausforderung für die nächsten Jahre sein.

Im Überblick



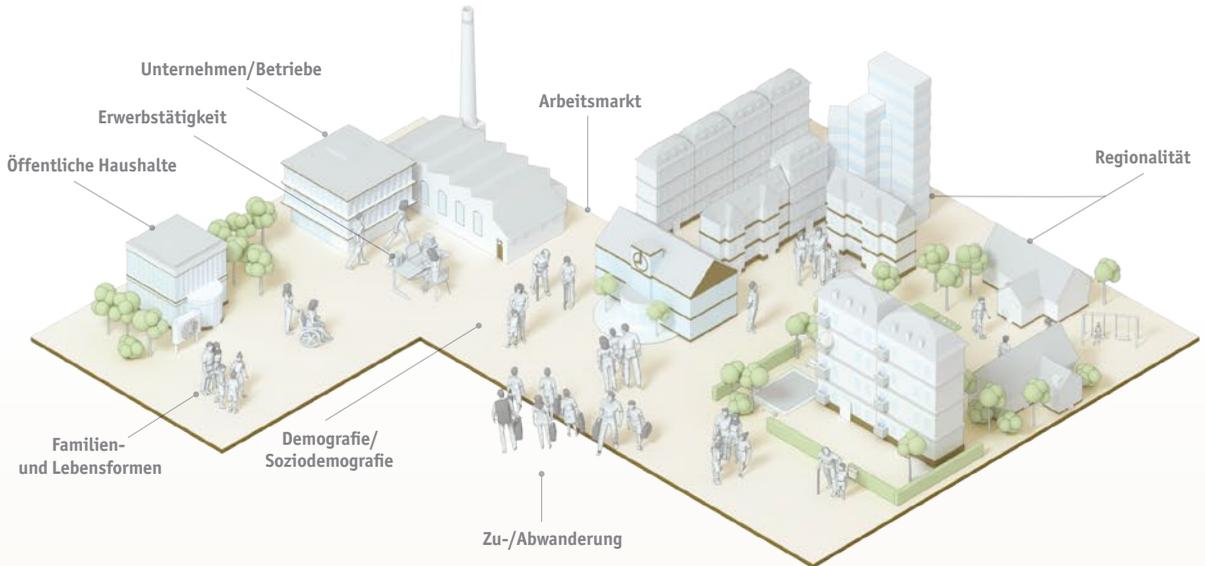
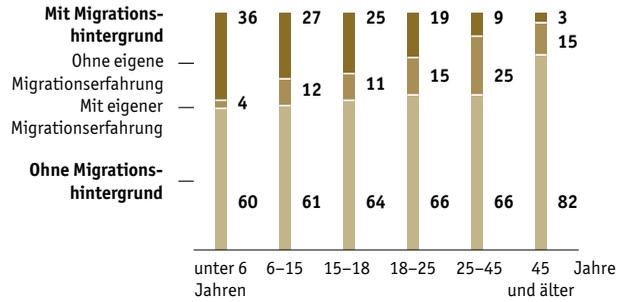
Fast die Hälfte der Bevölkerung lebt als Familie mit Kindern zusammen

Bevölkerung nach Lebensformen in Haushalten 2020 (in %)



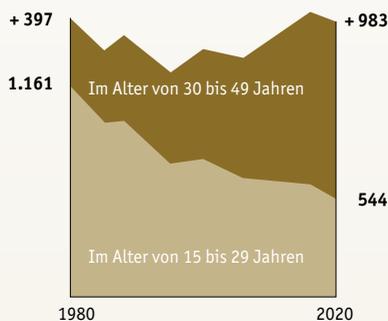
Jüngere Menschen mit Migrationshintergrund meist ohne eigene Migrationserfahrung

Bevölkerung nach Altersgruppen und Migrationsstatus 2020 (in %)



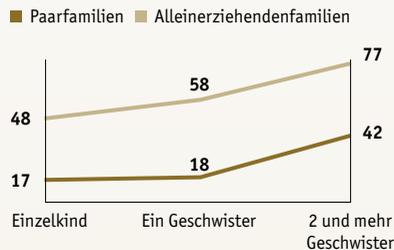
Trend zur späten Familiengründung

Geburten je 1.000 Frauen



Mit jedem zusätzlichen Kind in der Familie erhöhen sich bildungsbezogene Risikolagen

Mindestens eine Risikolage nach Anzahl der Geschwisterkinder 2020 (in %)



Rückgang der Wirtschaftsleistung und Erwerbstätigkeit im Zuge der Corona-Pandemie

Veränderung von Bruttoinlandsprodukt und Zahl der Erwerbstätigen zum jeweiligen Vorjahr 2011 bis 2020 (in %)

